

# DER ROTE HELFER



HÖRT IHREN RUF:

*Ummyfin!*

Szenenbild aus dem Drama „Singende Galgenvögel“ von Upton Sinclair,  
aufgeführt von der Piscatorbühne im Lessing-Theater zu Berlin.

Hans-Litten-Archiv

Errichtung und  
und Arbeit  
Marlanstr.  
Göttinge  
0531 -  
0531 -  
mailto:  
www.

# Überall singen Galgenvögel.

VON EGON ERWIN KISCH

Nur keine Täuschung. — das, was auch Upton Sinclair protokollarisch berichtet, ist nicht rein amerikanisch. Anderswo ist es keineswegs anders.

Auf dem Balkan martert man die Gefangenen in Wasserzellen zu Tode, in Ungarn schändete und verstümmelte man die revolutionären Häftlinge und quält die Opfer der Justizmorde auch weiterhin, in der Tschechoslovakei verbrachte die sozialistische Dichterin Helena Malirova ihren 50. Geburtstag im Kerker, jetzt sitzt mit vielen anderen der Romanschriftsteller Iwan Oilbracht im Zuchthaus, in Polen wütet die „Defensive“ gegen Proletarier und Intellektuelle, in Wien feuert Schober-Polizei Dum-Dum-Geschosse in Passanten und Kinder und verhaftet „Rädelsführer“.

Nein, keine Täuschung. Noch heute sterben Sozialisten im Kerker. Der eine, wie der junge Genosse Esser, wird wegen Hämorrhoiden operiert, und erst bei der Obduktion der Leiche stellt man tödliche Lungenembolie fest; Willi Günther aus Gröbers, in Halle des Totschlages an Gutsbesitzer Heß schuldig gesprochen (in Berlin verurteilte man zur gleichen Zeit Max Hoelz wegen dieses Totschlages zu lebenslänglichem Zuchthaus), stürzt bei Dachdeckerarbeiten tödlich in den Zuchthaushof hinab; Hagemeister treibt seine Simulation in Niederschönefeld soweit, daß er stirbt; der Berliner Parteifunktionär Albert Menzel geht an dem mittelalterlichen Schubtransport zugrunde, der aus einem deutschen Gefängnis in ein anderes deutsches Gefängnis dauern pflegt, und mancher, wie der junge Scherer aus Mainz stirbt im französischen Militärgefängnis, in das ihn deutsche Behörden ausgeliefert haben. Tausende Beschwerden kommen täglich ans Preußische Ministerium, wie mir der höchste Strafvollzugsbeamte vor einer Woche sagte. Sie betreffen nur Ueberschreitungen oder vermeintliche Ueberschreitungen der Gefängnisvorschriften.



Gerichtsszene aus dem Drama „Singende Galgenvögel“ von Upton Sinclair. — Aufgeführt von der Piscator-Bühne im Lessing-Theater zu Berlin

Nein, nein, nur keine Täuschung. Ueberall singen die Galgenvögel röchelnd ihr Lied.

Viele Hundert Genossen des roten Adams sitzen in deutschen Kerkern — die deutschen Kollegen des kalifornischen Staatsanwaltes brauchen in einem deutschen Separée nur auf einen Knopf zu drücken, um ein Gespensterheer von deutschen Spitzeln erscheinen zu lassen — des roten Pfarrers Geistesverwandte werden vom deutschen Reichsgericht mit Zuchthaus bestraft, nicht nur Schriftsteller und Dichter, auch Buchhändler und ihre Gehilfen, weil sie linke Literatur verschleifen.

Nur keine Täuschung. Der Tod des roten Adams, der Doppelmord an Sacco und Vanzetti, sie sind nicht schlimmer als jene an Rosa Luxemburg, an Liebknecht, an Jogiches, an Sylt, an Landauer, an Eisner, an den 32 Matrosen in der Französischen Straße und an den tausenden von Proleten in den Jahren 1918 und 1919, — und doch findet sich kein Staatsanwalt, kein öffentlicher Ankläger, kein Polizist gegen Befehlsgeber und Vollzieher dieser feigen Meuchelmorde.

nicht gibt, wo der Gefangene das Recht auf volle Bezahlung seiner Arbeitsleistung hat, auf uneingeschränkten Briefverkehr, auf jährlichen und später auf wöchentlichen Urlaub, bei dem die Gefangenen ihre Familien sehen können. Und trotzdem bleibt auch in Rußland der Kerker nichts anderes als ein Kerker.

Daß man im kultivierten Westen diesen Ort des Schreckens durch überflüssige Schrecken noch verschärft, daß man die Angehörigen der Häftlinge mit der Strafe am schärfsten bestraft, daß man der „Roten Hilfe“ alle diese Schwierigkeiten in den Weg legt, weil diese Organisation für die linkspolitischen Gefangenen und deren Familien sorgt und hauptsächlich durch die Erhaltung von Kinderheimen Bewunderungswürdiges leistet, muß den Protest aller rechtlich Denkenden auslösen. Denkt an die europäischen Leidensgenossen der kalifornischen Galgenvögel, deren Schicksal euch ergriffen hat.

(Aus dem Programmheft „Amerika, Du hast es besser“.  
Blätter der Piscatorbühne, März 1928.)

# Die Ermordung Gastone Socci

## Ein zweiter Matteotti-Fall.

Als in den Sommertagen des Jahres 1924 die Arbeiter der Welt die Kunde erhielten, daß der italienische Arbeiterführer Matteotti das Opfer bestialischer Mordtat blutiger Faschisten geworden ist, da ging eine Welle heller Empörung durch alle, für die dieser Einzelfall der meuchlerischen Hinmordung Matteottis ein Zeichen war für die entmenschte Rohheit der faschistischen Mordbanditen.

Vor einigen Wochen erreichte uns die Kunde, daß im Dezember 1927 **Gastone Socci** verhaftet und verschleppt worden war. Niemand konnte erfahren, wo er geblieben. Selbst den Angehörigen wurde jede Auskunft über seinen Verbleib verweigert.

Schon damals rief die Kunde von dem plötzlichen Verschwinden Soccis in der Provinz Romagna große Aufregung hervor, man fürchtete um sein Leben; denn Socci war als Kommunist bekannt.

Nach eifrigem Forschen erhielt die Familie Socci die lakonische Mitteilung: Gastone Socci sei im Gefängnis von Perugia gestorben.

Im blühenden Alter, völlig gesund, soll Gastone Socci, so will uns der Faschismus glauben machen, eines natürlichen Todes gestorben sein. Aber schon zu oft haben diese Mordbanditen ihr bluttriefendes Handwerk verrichtet, schon allzu bekannt ist es, welch Mörderhandwerk sie an aufrechten revolutionären Kämpfern verrichten.

Bezeichnenderweise verweigerte man den Angehörigen die Auslieferung der Leiche. Die Forderung nach Obduktion der Leiche, um die Todesursache festzustellen, wurde mit Ankündigung schwerer Strafe für den beantwortet, der es wagen sollte, die Leiche obduzieren zu lassen. Unter polizeilicher Bedeckung wurde der Leichnam des teuren Toten in die Heimat überführt; unter polizeilicher Bedeckung beerdigt; Polizei sorgte dafür, daß niemand die Leiche vor der Beerdigung sah.

Und zum Verbrechen fügte man noch den Hohn. Wagte es doch die faschistische Presse, zu behaupten, Socci habe im Gefängnis Selbstmord durch Erhängen begangen.

Die ganzen Begleitumstände der Verhaftung, der Geheimhaltung des Haftortes, des urplötzlichen Todes Soccis, der Ueberführung der Leiche und der Beerdigung lassen zu deutlich und zu offensichtlich erkennen, daß es sich hier um ein neues Verbrechen des Faschismus, um einen zweiten Matteotti-Fall handelt. Hätte wirklich Socci seinem Leben hinter Kerkermauern, ein Leben voller Pein und Qual, voller Marter und Folter, durch Selbstmord ein Ende gemacht, dann hätte man gewiß keinen Grund gehabt, die Obduktion der Leiche zu verhindern... Aber bei dem ganzen Charakter unseres Freundes Gastone Socci ist gar nicht anzunehmen, daß er sich hat unterkriegen lassen, daß er in der fürchterlichen Enge faschistischer Kerkerzellen zum Selbstmord als Erlösung gegriffen hätte.

In einer Erklärung, die die Kommunistische Partei Italiens in der Pariser „Humanité“ veröffentlicht, heißt es:

„Der Name Gastone Socci wird in die Herzen der Arbeiterklasse eingegraben sein. Socci ist gestorben wie einer, der für die Sache der Arbeiterschaft zu sterben mußte. Sein Tod hat noch einmal den Henkern bewiesen, welcher Größe die Helden der Arbeiterklasse fähig sind. Man hat ihn gemartert, um ihm Geständnisse zu entlocken, über eine Arbeit, mit der ihn die Partei beauftragt hatte. Er ist gestorben, ohne zu sprechen.“

Ehre den heroischen Kämpfern für die Sache der Arbeiterklasse! Ueberall dort, wo eine Gruppe italienischer Arbeiter lebt, überall dort, wo Arbeiter dem Faschismus unerbittlichen Kampf ansagen, wird das Andenken Gastone Soccis leben. Im Namen Gastone Soccis müssen alle Geflüchteten ihre Reihen schließen, und um sie muß sich die ganze Arbeiterklasse, müssen sich alle Feinde des Faschismus scharen!“

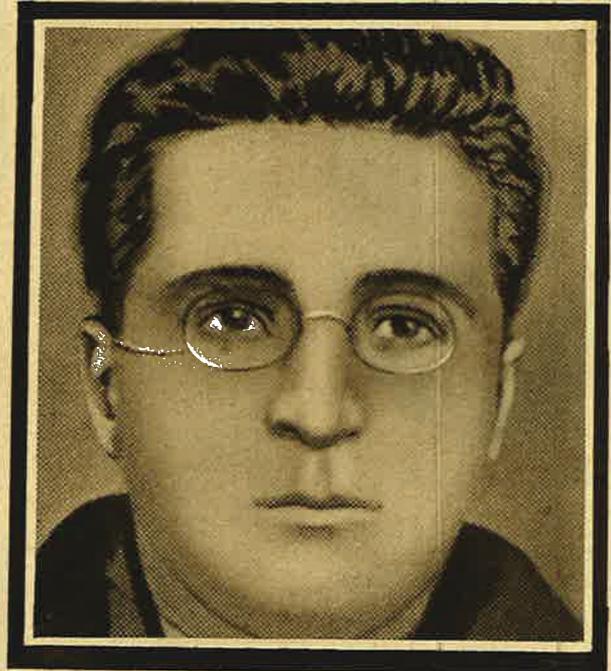
Der Versuch, die Mordtat zu vertuschen, schlägt ins Gegenteil um. Die Erregung über die Ermordung Soccis im Gefängnis Perugia zieht immer weitere Kreise. Die Erregung erhält weiter

Nahrung durch das Bekanntwerden noch weiterer Untaten der Faschisten im Gefängnis zu Perugia.

Gleichzeitig mit Socci wurden noch andere Antifaschisten verhaftet und verschleppt. Jetzt wird bekannt, daß

der slowenische Student **Martelanz**, die Lehrerin **Bettel**, ferner der Sekretär der Arbeiterbörse von Trevisa, **Glindetti**, sowie die Arbeiter **Monirini** und **Tepasso** wie auch **Paolo Bettli** und **Lina Mo-**

**randotto** schweren Folterungen unterworfen sind. Den Angehörigen wird bezeichnenderweise jeder Verkehr mit den Vermißten unterbunden. — — — Durch Schweigen will man die ungeheure Erregung, von der durch die neueste Mordtat weiteste Kreise ergriffen sind, überwinden.



**Gastone Socci**

Bezeichnenderweise bestreitet in einem Dementi die italienische Botschaft in Paris die Verantwortlichkeit der Faschisten für den Tod Soccis. Das italienische Innenministerium zu Rom aber schweigt. — — — Dieses Schweigen ist bederter als alle Dementis.

Gewiß, der Fall Socci ist nicht ein Einzelfall. Schon mehrmals sind politische Gefangene im Dunkel der faschistischen Gefängnisse verschwunden. Was diesen Fall aus der Reihe der übrigen Fälle heraushebt, das ist die Tatsache, daß hier wiederum die mussolinischen Mordfaschisten versuchen, ihre Blutschuld mit Hohn und Spott zu verbergen. Das Organ der bürgerlichen „Antifaschistischen Konzentration“ in Paris, „Liberta“ schreibt zu dem Mord an Socci:

„Gastone Socci gehörte jener jungen Generation an, die inmitten der heißen politischen Kämpfe der letzten Jahre aufgewachsen ist, in denen die Zugehörigkeit zu einer antifaschistischen Partei oder Kampfgruppe das Leben kostete — und jetzt noch kostet.“

Im Auftrage seiner Partei erfüllte er in Italien, unter Schwierigkeiten verschiedenster Art, mit bewundernswerter Selbstverleugnung und wirklich heldenhaftem Mut eine wertvolle Arbeit. Die Verpflichtungen seiner Arbeit zwangen ihn, in Italien herumzuziehen. Sein erstes Kind kam auf die Welt, als er schon im Kerker weilte. Er hatte es noch nicht gesehen, als er ermordet wurde.

Seit drei Monaten wußte seine Familie nicht, in welchem Gefängnis er sich befinde. Alle Schritte, um dies zu erfahren, waren vergeblich. Die Henker hüteten ihr Geheimnis. Zuletzt gaben die Behörden den Tod Gastone Soccis bekannt, aber gleichzeitig inszenierten sie die abscheuliche Lüge vom Selbstmord.

Die italienische Gesandtschaft hat auf das vom Komitee zur Verteidigung der Opfer des Faschismus gestellte Ersuchen, eine Untersuchung über den Tod Soccis einzuleiten, nicht geantwortet. Das Verteidigungskomitee erklärt, daß die Untersuchung auch ohne Bewilligung der faschistischen Behörde durchgeführt werden würde. Man wolle volle Wahrheit über das Verbrechen erfahren.

Die Gefängnisverwaltung weist alle Briefe und Sendungen von den Angehörigen der Gefangenen zurück. Das Personal des Gefängnisses von Perugia besteht aus faschistischen Milizen, die den direkten Befehlen Mussolinis unterstellt sind.“

Es ist gewiß, Empörung genügt nicht. Dem Faschismus imponieren Gefühlsaufwallungen nicht, ihm kann nur machtvoller Wille, faschistische Macht zu brechen, klar zum Bewußtsein bringen, daß hinter der Empörung über die Mordtaten auch der Wille zur Tat steht. Der Faschismus muß den Druck der Arbeiterklasse der ganzen Welt fühlen. Der Kreis um ihn muß sich schließen.

In allen Ländern müßten Einheitskomitees gebildet werden, die ohne parteipolitische Bindung große Massen zu einer Einheitsfront gegen den Faschismus mobilisieren.

Gastone Socci und alle Opfer des Faschismus werden erst dann gerächt sein, wenn in Italien und im Auslande die breiten Massen der Werktätigen den Kampf gegen den Faschismus mit neuer, verstärkter Kraft fortsetzen und siegreich beenden.

### > ROTE HILFE <



### DEN OPFERN DES FASCHISMUS

Jeder Arbeiter kauft diese Marke zur Unterstützung der Opfer des Faschismus

# MASSENPROZESS gegen die „HROMADA“



Woloschin, Abgeordneter

netenklubs im Sejm; auf der einen Seite stand die Fraktion der Abgeordneten Rogulja, Jaremitsch und Stankewitsch, die die Interessen einer Handvoll weißrussischer Intellektueller und Bauern vertrat, und auf der anderen Seite die Fraktion mit Taraschkijewitsch, Miotla, Woloschin und Rak-Michailowski an der Spitze, die sich die Vertretung der Interessen der unterdrückten Mehrheit der Bevölkerung Weißrußlands zur Aufgabe stellte.

Der Kampf gegen die nationale Unterdrückung, für das Selbstbestimmungsrecht des weißrussischen Volkes, für unentgeltliche Landzuteilung, für die gemeinsamen Kämpfe der Werktätigen Weißrußlands und der Werktätigen ganz Polens, das waren die Aufgaben, die sich die „Hromada“ stellte.

Die „Hromada“ war als legale Partei entstanden. Bei der Gründung im Juli 1925 zählte die „Hromada“ 569 Mitglieder. Unaufhaltsam schritt sie vorwärts. Ein Jahr später umfaßte sie bereits 3144 Mitglieder und am 15. Januar 1927 hatte die „Hromada“ mehr als Hunderttausend Mitglieder in ihren Reihen erfaßt. Sie war nun die Fahnenträgerin im Kampfe gegen das unerträgliche nationale Loch der polnischen Kapitalisten und Großgrundbesitzer in West-Weißrußland, die ihre Arbeit, begleitet von ungewöhnlicher Sympathie der ganzen werktätigen Bevölkerung, verrichtete. — Im Sejm führten die „Hromada“-Abgeordneten ihren Kampf. In Dutzenden von Interpellationen enthüllten sie die faschistischen Regierungsmethoden und die wahnsinnige Ausbeutung, der die werktätige Bevölkerung West-Weißrußlands durch die polnischen Behörden ausgesetzt war. Die „Hromada“ war für die Werktätigen durch ihren unerschrockenen Kampf zum Symbol ihrer Befreiung geworden.

„Es gibt keine Ukrainer, Weißrussen und Litauer — es gibt nur Polen!“ Das ist die Losung des polnischen Faschismus.

Während der Jahre der polnischen Herrschaft sind in der Westukraine 2160 ukrainische Schulen geschlossen und in Weißrußland alle 514 Schulen, die dort existierten.

Der Polizeiapparat in Weißrußland und in der Ukraine wächst fortgesetzt. Schon im Jahre 1923 gab es nach offiziellen Ziffern in Weißrußland und in der Ukraine 26 000 Polizisten, ungerechnet der zahllosen Agenten der Geheimpolizei. Der Terror und die Unterdrückung der nationalen Minderheiten erzeugte bei den Werktätigen des westlichen Weißrußlands den Willen, eine selbständige Organisation zur Verteidigung ihrer Interessen zu gründen.

So entstand im Jahre 1925 in Weißrußland unter der Führung der weißrussischen Deputierten Taraschkijewitsch, Rak-Michailowski, Woloschin und Miotla, eine Bauern- und Arbeiterorganisation, die „Hromada“, durch welche die weißrussische werktätige Bevölkerung auf kurze Zeit die Möglichkeit erhielt, den Kampf um nationale und kulturelle Befreiung einzuleiten. Die „Hromada“ entstand nach der Spaltung des weißrussischen Abgeord-



Burfewitsch, Sekretär der Hromada



Rak-Mikailowski, Abgeordneter

netenklub wegen „Zugehörigkeit zur verbotenen Partei der „Hromada““ verhaftet. Dies geschah offensichtlich zu dem Zweck, um die noch erscheinenden Entlastungszeugen einzuschüchtern und ihnen die Lust zu nehmen, wahrheitsgemäß entlastende Aussagen zu machen. Gleichzeitig ist in diesem Prozeß schon jetzt einwandfrei festgestellt worden, daß die polnische Defensive mit Spitzeln arbeitete, um das Anklagematerial zusammen zu tragen. So gelang es z. B. einem Zeugen, der längere Zeit Mitglied der „Hromada“ gewesen war und sich gleichzeitig als Spitzel der Polizei betätigt hatte, im Gerichtssaal zu entlarven.

Dieser Prozeß, der jetzt in Wilna stattfindet, muß die Aufmerksamkeit der Werktätigen aller Länder gewinnen, und nicht nur der Werktätigen allein, sondern aller gerecht und menschlich Denkenden. Alle die, die bisher es für kaum faßbar hielten, daß mit solchen Methoden gegen die Partei des werktätigen Volkes vorgegangen worden sein kann, können in diesem Prozeß das wahre Gesicht des Pilsudski-Faschismus kennen lernen. **Haß und Verachtung den Peinigern der Werktätigen Polens!** Das muß das Ergebnis schon des ersten „Hromada“-Prozesses sein.

Demnächst erscheint:

Egon Erwin Kisch:  
**Sieben Jahre JUSTIZSKANDAL  
MAX HOELZ**

24 Seiten Preis 0,20 Mk.  
Zu beziehen von **Mopr-Verlag,**  
BERLIN NW7, Dorotheenstraße 77-78



Taraschkijewitsch, Abgeordneter

Rak-Michailowski auf dem Bahnhof und Miotla in seinem Heimatdorf verhaftet. Bei Taraschkijewitsch wurden einige Dutzend Zlotys gefunden. Die faschistische Presse machte daraus 15 000 Dollars. In diesem Stile wurde die Kampagne gegen die „Hromada“ geführt.

Der gegenwärtig in Wilna tagende Prozeß gegen die „Hromada“ ist ein Teilverfahren gegen die weißrussische Arbeiter- und Bauernpartei der „Hromada“. 400 der besten Bürger des weißrussischen Volkes sollen in Teilprozessen vor den Augen des werktätigen Volkes infamiert werden. Die polnische Staatsanwaltschaft hat die gesamte Anklage auf offensichtlich provokatorische Behauptungen aufgebaut. Die „Hromada“ soll im Interesse eines „ausländischen Staates“ gehandelt und ihre Führer Weisungen von „Moskauer Agenten“ erhalten haben. Mit dieser Begründung sollen die beabsichtigten Zuchthausstrafenurteile gerechtfertigt werden. Um die Aufmerksamkeit des Auslandes von diesem unerhörten Prozeß gegen die weißrussische Partei des werktätigen Volkes abzulenken, wird das ganze Verfahren in vier einzelne Prozesse geteilt, die in verschiedenen Woiwodschaften stattfinden werden.

Der am 23. Februar 1928 vor dem Wilnaer Gericht begonnene Riesenprozeß richtet sich gegen 56 Führer der weißrussischen

„Hromada“, 421 Zeugen und 8 Sachverständige sind geladen. Die Anklageschrift umfaßt 85 große Maschinenbogenseiten, ihr sind 36 Bände mit Dokumenten beigelegt. Die Anklage, die gegen die weißrussische „Hromada“ erhoben ist, wirft den Angeklagten fortlaufenden Hochverrat, Verbindung mit einem ausländischen Staat vor. Ihr Ziel soll gewesen sein, durch einen bewaffneten Aufstand weißrussische Teile von Polen loszutrennen und unter die Herrschaft der Sowjet-Union zu bringen. Hierfür sollen sie Bestechungen erhalten haben. Der sozialistische Abgeordnete Liebermann, ein Rechtsgelehrter, erklärte zu dieser Anklage, daß sie auf sehr schwachen Füßen stehe. Dennoch ist der Prozeß eingeleitet worden und haben die Verhandlungen begonnen.

Im Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, ist der Prozeß selbst noch nicht abgeschlossen, aber die Vernehmung der Zeugen, der Belastungszeugen, hat bereits klar ergeben, daß Denunziationen, Spitzelaussagen, die Grundlage für diesen Prozeß abgegeben haben. Entlastungszeugen, die nach der Vertagung des Prozesses, die wegen der Parlamentswahlen eingetreten war, auftraten, wurden im Gerichtssaal wegen „Zugehörigkeit zur verbotenen Partei der „Hromada““ verhaftet. Dies geschah offensichtlich zu dem Zweck, um die noch erscheinenden Entlastungszeugen einzuschüchtern und ihnen die Lust zu nehmen, wahrheitsgemäß entlastende Aussagen zu machen. Gleichzeitig ist in diesem Prozeß schon jetzt einwandfrei



Lukzewitsch, Schriftsteller und Gelehrter

Pilsudski und seine Regierung duldeten zunächst die Arbeit der „Hromada“. Als sie jedoch über Erwarten schnell erstarkte, setzte die reaktionäre Pressekampagne in unerhörter Weise ein. Verleumdung und Provokation waren die erprobten Mittel, die man anwandte und begleitet wurden von Verfolgungen durch die Ortsbehörden, die die Tätigkeit der „Hromada“ immer mehr und mehr einengten und brutal unterdrückten. Eine Welle der Haus-suchungen und Verhaftungen und des blutigen Terrors setzte ein.

Am 2. Dezember 1926 erfolgte der berüchtigte Pogrom mit blutigen Schlägereien in Staraja Beresa, der von der polnischen Polizei in voller Uniform gegen den legalen Kongreß der „Hromada“ inszeniert wurde. Auch die Abgeordneten trugen blutige Wunden davon. Noch bevor der Sejm ihre Auslieferung beschlossen hatte, erfolgte die ungesetzliche Verhaftung der weißrussischen Abgeordneten mit der Begründung, sie seien „auf frischer Tat“ ertappt worden. In Wirklichkeit hatte man jedoch Taraschkijewitsch und Woloschin nachts aus den Betten geholt.



Miotla, Abgeordneter

# Länger zu schweigen - ist unmöglich!

Der erste Terrorakt Tschang Kai-scheks war die Erschießung des Arbeiterführers Tschien im März 1927 in Hangtschou, einer der größten Städte der Provinz Tsiantsi. Tschien wurde verhaftet und am nächsten Tage fanden Arbeiter seinen Leichnam, der 18 Schußwunden aufwies. Sodann wurden alle Gewerkschaftsorganisationen in Hangtschou, Nantschang und anderen Orten der Provinz Tsiantsi aufgelöst. Als im März 1927 die ausländische Arbeiterdelegation — Tom Man-England, Browther-Amerika und Doriot-Frankreich — die Provinz Tsiantsi durchreisten und in Hangtschou die Arbeiter- und Bauernorganisationen besuchen wollten, antworteten die Behörden, daß „diese Organisationen in Tsiantsi nicht mehr existieren“.

Für den Kampf gegen die revolutionären Organisationen erfindet Tschang Kai-schi eine besondere Methode, die er später auch in Nanking und Schanghai anwandte. Er sammelte gekaufte Banden von Hooligans, die die Bureaus der Organisationen überfielen, sie demolierten und die dort Anwesenden mißhandelten. Daraufhin erschienen Truppen oder Polizisten, die zur „Wiederherstellung der Ordnung“ die betreffenden Organisationen liquidierten. Mit größter Grausamkeit wurde das heroische Proletariat Schanghai niedergeschlagen, das Schang Kai-schek, diesem Vertreter der bourgeois-militärischen Reaktion, am meisten verhaßt war.

Am 12. April 1927 überfielen bewaffnete Hooliganbanden den Generalgewerkschaftsrat, den Hauptstab des Streikpostenkörpers, der mit den zur Zeit des Märzauflandes eroberten Waffen ausgerüstet worden war. Die Arbeiterorganisationen, die den Sinn des Ueberfalls nicht gleich verstanden, wandten sich an den Kommandanten von Schanghai, an den General Wei Sun-tschü. Dieser sandte eine Abteilung Soldaten, aber nur um den Hooliganbanden Hilfsdienste leisten zu lassen. Die Soldaten entwaffneten die Streikposten und besetzten das Gewerkschaftsgebäude. Als die Arbeiter erkannten, was gespielt wurde, griffen sie zu den Waffen. Aber es war schon zu spät. Eine größere Anzahl von Arbeitern wurde getötet oder verhaftet. Das Gebäude blieb in den Händen der Soldaten. In derselben Nacht, den 12. April, folgten weitere Ueberfälle auf alle Bezirksorganisationen der Arbeiter in Schanghai. Ueberall wurden die Arbeiter unter ungeheuren Opfern niedergeschlagen.

Am nächsten Tage wurde der Streik erklärt. Auf den Streik antworteten die Generale Tschang Kai-schek mit Beschießungen der Streikmeetings und Streikdemonstrationen. Die blutigen Tage vom 30. Mai 1925 wiederholten sich. Im Laufe von drei Tagen wurden mehr als 100 Arbeiter getötet und über 500 verwundet. Ungefähr 40 der Getöteten hatten an einer Demonstration teilgenommen, die sich zum Kriegsstad bewegte. In den ersten Reihen dieser Demonstration gingen Frauen und Kinder. Aber trotzdem wurden die Maschinengewehre auf den Zug in Bewegung gesetzt.

Dann begann die Hinrichtung der Arbeiterführer: darunter der größte Führer des Shanghai Proletariats, Wang-Schu-Khu, Luu-Hua, der Stab der Truppen des Shanghai Bezirks, wurde zum Golgatha der chinesischen Revolutionäre, wo man ohne jegliches Gericht prügelte, folterte, erdrosselte, erschoss und enthauptete. Dort ging nach monatelangen Qualen auch der Sekretär der Shanghai Arbeiter, früher der Kantoner Organisation der Kommunistischen Partei, Tschien Ni-Jen, einer der besten der Partei, elend zugerode.

Fast zur selben Zeit wie in Schanghai gab es gleiche Ereignisse auch in Kanton. Die erstarrte Reaktion, die Unzufriedenheit des Kommandobestandes der Armee wegen Erstarkung der Bauernbewegung, die Unzufriedenheit der Großhändler und der Bourgeoisie wegen Ausbreitung der Streikkämpfe der Arbeiter, trieben Li Ti-sin zur Ausrückung der offenen Militärdiktatur.

Nun begann ein wildes, öffentliches „Strafgericht“. Es gab Massenerschießungen am Tage, auf dem Platz in der Nähe des Gebäudes des Zentralkomitees der Kommunisten. Junge Arbeiter, Arbeiterrevolutionäre, Kommunisten und linkskommunisten starben als Helden, oft starben sie mit dem Rufe: „Nieder die Reaktion!“ „Nieder mit dem Henker Li Ti-sin!“ „Es lebe die Revolution!“ „Es lebe die Kommunistische Partei!“

Diese öffentlichen Hinrichtungen liefen selbst in hingerichteten Kreisen Kanton Abscheu und Widerwillen hervor. Einen besonders tiefen Eindruck machte die Hinrichtung zweier junger Kommunisten im Alter von 16 und 18 Jahren, die wegen der Verbreitung von Proklamationen zum Tode verurteilt worden waren. Sie wurden durch die ganze Stadt geführt und betreten dann kühl

## PEKING

den Hinrichtungsplatz. Im Moment der Erschießung riefen sie ihre revolutionären Losungen in die Massen.

Nach diesem Vorfalle fanden die Hinrichtungen in der Nacht und außerhalb der Stadt statt.

Viele Verhaftete wurden mit Feuer gepeinigt, durch Hunger zu Tode gequält, gefoltert, um Geständnisse über eine „Verschwörung“ zu erpressen.

Laut offiziellen Angaben des Stabes Li Ti-sins, veröffentlicht in der Kantoner Zeitung, waren über 2000 Menschen verhaftet; die Gefängnisse reichten nicht aus, alle aufzunehmen.

Ueber die Zahl der Erschossenen liegen keine Angaben vor, aber sie dürfte mindestens 400—500 betragen.

Von Kanton aus griff der Terror auch auf das Dorf über, wo die Armee gemeinsam mit den Mintuan versuchte, alle Bauernverbände zu vernichten. Die Bauern antworteten mit einer Reihe von Aufständen, die besonders hartnäckig im östlichen Teil der Provinz Kwantung geführt, aber mit wütender Grausamkeit unterdrückt wurden. Von dem Charakter des Terrors im Dorfe vermittelt eine Vorstellung die Tatsache, daß die Truppen während der Niederwerfung eines der Aufstände im Bezirk Schunte nicht weniger als 100 Dörfer niederbrannten.

Schanghai und Kanton — das sind die prägnantesten Beispiele des bourgeois-militaristischen Terrors. In entsprechend kleinerem Maßstabe entfaltete er sich in diesen historischen Tagen auch in Tschutsian, Antsin, Wuhu, Nanking, Sutschou, Ussi und vielen anderen Städten. So wurden z. B. im März 1927 in Nanking alle revolutionären Organisationen auseinandergejagt und viele Todesurteile vollstreckt. Ueberall Verhaftungen, Morde, Hinrichtungen und Beschießungen von Protestdemonstrationen!

Die Konterrevolution enthüllte ihr wahres Gesicht.

HAM. Ungehenerliches spielt sich in China ab.

Im Namen der Menschlichkeit protestieren die Massen gegen die Barbareien, die der Imperialismus mit Hilfe der chinesischen Bourgeoisie und des chinesischen Militarismus in China verübt.

Das elementare Menschlichkeitsgefühl muß sich darüber empören, was gegenwärtig die Bourgeoisie und der Militarismus in China vollbringen: tierische Folterungen und Morde, denen sie die um ein besseres Dasein ringenden Unterdrückten unterwerfen.

Sollen die Werktätigen Chinas auch in Zukunft nur das eine Gesicht Europas, das des Kanibalen sehen? Sollen sich auch in Zukunft die chinesischen Arbeiter und Bauern unter der europäischen „Kultur“ nur Geschütze, Gewehre und Balonette vorstellen, mit denen man die chinesische Revolution niederschlägt?

Die chinesische Revolution ist die Sache aller Werktätigen, aller Unterdrückten. Diese Revolution wird eines der schändlichsten Glieder jener Kette der Sklaverei zerschlagen, mit der der Weltimperialismus alle Länder der Welt in Fesseln zu schlagen versucht. Sie bedeutet einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Befreiung der ganzen Menschheit.

Deshalb müssen die kämpfenden, leidenden und gefolterten chinesischen Arbeiter und Bauern erfahren, daß die Sympathie und die Unterstützung der ganzen fortschrittlichen Welt auf ihrer Seite ist.

Deshalb müssen alle, denen die Interessen der Menschheit teuer sind, alle, denen das elementarste Menschlichkeitsgefühl nicht ganz verloren gegangen ist, sich mit dem klassenbewußten Proletariat vereinen im Protest gegen die Gemeinheiten und Unmenschlichkeiten, die in China vollbracht werden.

An den Schandpfahl mit den Mördern und Henkern der Werktätigen in China:

Hände weg von China!

Bringt sofort auch materielle Hilfe! Helft die Familien der gefallenen Kämpfer vor dem Untergang zu retten!

Hinein in die „Rote Hilfe“!

Unterstützt dieses weltumspannende Werk menschlicher und proletarischer Solidarität!

(Aus der Broschüre: „Das blutende China“ von Deng-Bao-Siang, erschienen im Mopr-Verlag, Berlin, 40 Seiten, 20 Pfennige.)

# TERRORS IN CHINA!

# Unsere greise Clara Zetkin ruft Dir zu:

**--NUR SO WEITER-- BIS DIE BASTILLEN DER BOURGEOISIE GEBROCHEN SIND!!**



**Clara Zetkin schreibt untenstehenden Brief an die Roten Helfer**  
(Neueste Original - Aufnahme)

Unsere greise Führerin Clara Zetkin, deren 71. Lebensjahr sich in wenigen Monaten vollendet, verfolgt mit größter Aufmerksamkeit das Werden und Wachsen der Roten-Hilfe-Bewegung in der ganzen Welt. Es ist bekannt, daß Clara Zetkin die erste Präsidentin der „Internationalen Roten Hilfe“ ist. Es erfüllt sie mit Stolz und Genugtuung, daß dieses Werk in allen Ländern immer raschere, immer kühnere Fortschritte macht. Wer wird es nicht verstehen, daß unsere Clara mit besonderer Genugtuung von dem stetigen Fortschritte der Roten Hilfe Deutschlands Kenntnis nimmt? Die RHD., die aus einer losen Bewegung im Jahre 1921 entstand, ist seit dem Oktober 1924 zu einer großen überparteilichen, Hunderttausende erfassenden Mitgliederorganisation geworden, die sich die Achtung all derer abstrotzt, die ihr Werk kennen, die die Liebe und Sympathie all derer sich erworben hat, die die aktive Solidarität dieser Hilfsorganisation des Proletariats am eigenen Leibe gespürt haben. Die Briefe der Angehörigen der politischen Gefangenen und ihrer eingekerkerten Genossen selbst sind Beweis für das eben Gesagte. Die Unterstützung, die die Rote Hilfe Deutschlands von den besten Köpfen der deutschen Schriftsteller, Künstler und Gelehrten erfährt, zeigt deutlich die wachsende Sympathie für die Rote Hilfe Deutschlands.

Vor einigen Tagen erhielt der Zentralvorstand der „Roten Hilfe Deutschlands“ nebenstehenden, im Faksimile wiedergegebenen Brief der Genossin Clara Zetkin. Das obige Bild zeigt Clara Zetkin in dem Augenblick, als sie den Brief an die Rote Hilfe Deutschlands schreibt. Es ist die letzte Originalaufnahme.

Nun der Wortlaut des Briefes:

Moskau, den 14. 3. 28.

Liebe Rote-Hilfe-Genossen!

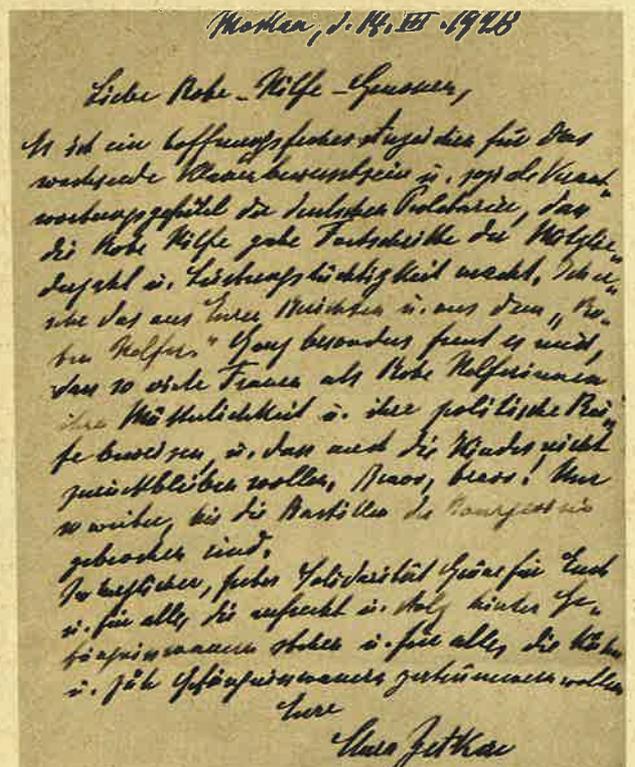
„Es ist ein hoffnungsfrohes Anzeichen für das wachsende Klassenbewußtsein und soziale Verantwortungsgefühl der deutschen Proletarier, daß die Rote Hilfe gute Fortschritte der Mitgliederzahl und Leistungstüchtigkeit macht. Ich ersehe das aus Euren Berichten und aus dem „Roten Helfer“. Ganz besonders freut es mich, daß so viele Frauen als Rote Helferinnen ihre Mütterlichkeit und ihre politische Reife beweisen, und daß auch die Kinder nicht zurückbleiben wollen. Bravo, bravo! Nur so weiter, bis die Bastillen der Bourgeoisie gebrochen sind!

In herzlicher, froher Solidarität Grüße für Euch und für alle, die aufrecht und stolz hinter Gefängnismauern stehen und für alle,

die kühn und zäh Gefängnismauern zertrümmern wollen.

Eure Clara Zetkin.

Der Brief unserer teuren Genossin Clara Zetkin wird allen Roten Helfern ein neuer Antrieb zu weiterer erfolgreicher Arbeit sein.



# Um das Koalitionsrecht

Von Rosa Luxemburg

(Erschienen in der „Sozialdemokratischen Korrespondenz“ am 13. Januar 1914.)

Als Casimir Périere, der Großvater, im November 1831 in der Pariser Kammer der alarmierten Bourgeoisie über den ersten großen Klassenkampf des Kontinents, über den Aufstand der Seidenweber in Lyon berichtete, sagte er so ungefähr: Meine Herren, Sie können ruhig sein! Bei den Vorgängen in Lyon ist nichts von Politik zum Vorschein gekommen. Es war nur ein Krieg derjenigen, die nichts zu verlieren haben... Der Hohepriester der Kapitalrenten unter dem jungen Bürgerkönigtum begriff noch nicht den inneren historischen Zusammenhang, das Zwillingsverhältnis zwischen dem ökonomischen Kampf und dem politischen Kampf des modernen Proletariats. Er begiff nicht, was im Jahre 1847 das Kommunistische Manifest in den Worten formuliert hat: Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf und was ein Menschenalter später die preußische Polizeiwissenschaft in ihrer stupiden Weise ebenso klassisch durch den Mund Puttkamers verkündete: Hinter jedem Streik lauert die Hydra der Revolution!

Die bürgerliche Gesellschaft wendete sich denn auch instinktiv von ihrer Geburtsstunde an gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter mit allen Machtmitteln einer brutalen Klassenherrschaft. Gefängnis, Zuchthaus, Deportation bedrohten in England fast 80 Jahre lang — von 1799 bis 1875 — jeden Arbeiter, der andere „nötigte, einschüchterte, belästigte, behinderte“, d. h. an die Solidarität seiner Arbeitskollegen im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen appellierte. Noch 1871 wurden mehrere Frauen bestraft, weil sie zu Arbeitswilligen „bah“ gesagt hatten. Erst die liberale Gladstonesche Aera sollte den Versuch riskieren, die Arbeiter durch Gewährung des freien Koalitionsrechtes zu pazifizieren, sie zu Musterknaben nach dem Herzen des Kapitals zu erziehen. Es war ungefähr um dieselbe Zeit, daß in Frankreich die Bourgeois-Republikaner auf dem Grabe der Pariser Kommune versuchten, das Proletariat durch Begönnerung einer zahmen Gewerkschaftsbewegung zu ködern und unter dem Gambettaschen Banner der „Ausöhnung zwischen Bourgeoisie und Poletariat“ zu sammeln.

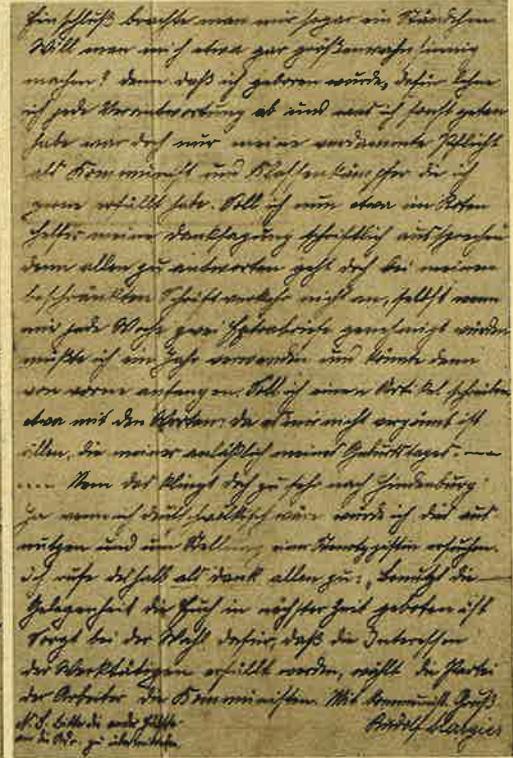
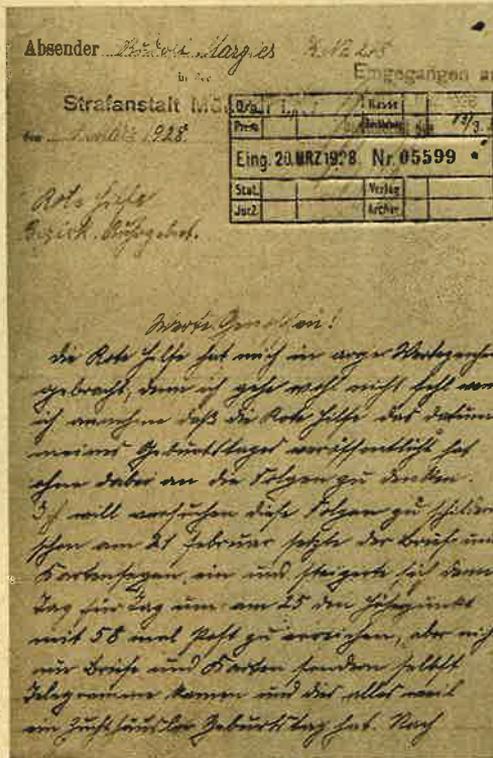
Doch der schöne Traum währte nicht lange. Schon Ende der siebziger Jahre erhebt der totgeglaubte Sozialismus in Frankreich siegreich das Haupt, um auch den Gewerkschaftskampf von der bürgerlich-republikanischen Führerschaft zu befreien. In England erwacht Ende der achtziger Jahre in der zahmen Gewerkschaftswelt der junge Geist der Rebellion. Der deutsche Kapitalismus aber, dem auch in der Wiege nicht vergönnt war, die unschuldigen Träume der Jugend zu träumen, der schon mit dem bösen Gewissen und der sauren Laune des Katzenjammers zur Welt kam, verharrte von Anfang bis Ende ebenso in unverhohlener Feindschaft gegen das ökonomische Grundrecht der Arbeiterschaft, wie die deutsche Gewerkschaftsbewegung von Anfang an mit der Sozialdemokratie naturgemäß innerlich verschwistert war.

Das letzte Jahrzehnt sollte den blinden Klassenhaß der bürgerlichen Gesellschaft gegen die „Verschwörungen“ der Lohnsklaven bis zur Bewußtlosigkeit steigern. Die gewaltigen Massenstreiks der Eisenbahner in Holland, Italien, Ungarn, der Postbeamten in Frankreich, der Bergarbeiter in Deutschland und England, die revolutionären Massenstreiks in Rußland, das lawinenartige Wachstum der Gewerkschaften wie der Sozialdemokratie in Deutschland —, das alles hat vor aller Welt bloßgelegt, welche politische Macht die Arbeiterklasse entfalten kann, wenn sie von ihrer wirtschaftlichen Macht im richtigen Moment Gebrauch zu machen versteht. Der Gebrauch des Koalitionsrechtes hat sich als erstklassige Waffe zum Hieb wie zur Parade gegen die Reaktion und als vorzügliches Mittel zur Schulung und Sammlung der proletarischen Massen erwiesen.

Gerade deshalb erleben wir seit Jahren den beispiellosen Kreuzzug gegen das Koalitionsrecht, bei dem Deutschland den Ehrgeiz hat, „in der Welt“ voran zu marschieren.

Aber dieser reaktionäre Kreuzzug ist zugleich in seiner weiteren Wirkung das revolutionäre Beginnen, das sich denken läßt, er ist der Anfang des „Umsturzes“ von oben. Denn hier rüttelt die herrschende Klasse an den Grundfesten ihres eigenen Gesellschaftsbaus, hier erschüttert sie die Fundamente ihrer eigenen Herrschaft.

Wenn es ein Grundgesetz der Warenproduktion ist, daß die Waren zu ihrem Werte verkauft werden, so nimmt die Arbeiterklasse auch nur dieses Gesetz für sich in Anspruch, wenn sie die wichtigste Ware, die Arbeitskraft, zu ihrem Werte und nicht darunter zu verkaufen sucht. Der Kampf der ausgebeuteten Lohnarbeiter um bessere Arbeitsbedingungen ist deshalb ein so unzertrennliches natürliches Begleitmoment der kapitalistischen Produktionsweise, wie die Ausbeutung selbst. Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter gehört zur bürgerlichen Gesellschaft genau



Brief des Genossen Rudolf Margies

in dem Maße wie die Gewerbefreiheit.

Der wirtschaftliche Kampf ist die erste instinktive elementare Regung des geschundenen Lohnproletariats unter allen Zonen, er läutet in allen Ländern das Erwachen des Proletariats zum Menschendasein, zur historischen Mission, zum Klassenbewußtsein ein.

Auf den wirtschaftlichen Kampf, auf das Koalitionsrecht verzichten kann das moderne Proletariat deshalb so wenig wie ein Mensch auf das Atmen verzichten kann. Das angeborene Recht des Proletariats auf den wirtschaftlichen Kampf spottet vielmehr, wie alle historischen Notwendigkeiten, der strafgesetzlichen Zwirnsfäden wie der brutalen Gewalt des Eisens. Es setzt sich mit Elementargewalt gegen die Pinkertons der amerikanischen Republik, gegen die russischen Kosaken wie gegen den preußisch-deutschen Polizeistaat durch.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts bewirkten die strengen Koalitionsverbote, daß die englischen Arbeiter sich in unterirdischen Verlöben der Geheimbündelei verschanzten, wo sie mit heiligen Schwüren den Bund der Klassensolidarität bekräftigten und Verräter an ihr mit dem Tode bedrohten.

Heute steht in Deutschland nicht eine Handvoll begeisterter Pioniere, sondern eine Millionenarmee klassenbewußter Männer und Frauen auf der Wacht ihrer Grundrechte. Ein ernst gewagtes Attentat auf das Koalitionsrecht wird heute die Millionen Organisierter nicht etwa von der Oberfläche verdrängen, um sie in Geheimbünde zu pferchen, sondern es wird sie umgekehrt auf die Vorderbühne der Öffentlichkeit herausfordern und zu einem verzweifelten Massenkampf zwingen. Es wird das wirtschaftliche und politische Leben Deutschlands in den Zustand einer permanenten Erschütterung, eines chronischen Guerillakrieges versetzen.

Wer aber aus diesem Kriege letzten Endes als Sieger hervorgehen würde, kann keinem Zweifel unterliegen, da die deutschen Arbeiter diesen Kampf jedenfalls mit der Zähigkeit und der Entschlossenheit einer Klasse führen müßten, die nichts zu verlieren hat als ihre Ketten.



*Der Demonstrationsszug zu den Gräbern der Märzgefallenen  
in Berlin; in der Mitte das Banner der R.H.D.*



*Gruppe aus dem Demonstra*



*Fahnen- und Kranzdelegation zum 18. März auf dem Ohlsdorfer  
Friedhof in Hamburg*



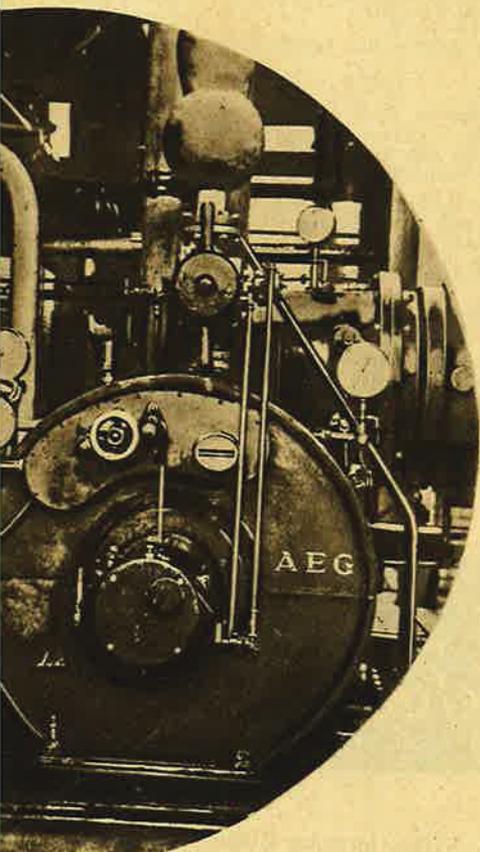
*Zum G  
Am 31. März 1921 u  
Berliner Polizei-Prä  
Mörder laufen noch*



*Demonstrationszug der Jugend in Berlin*



*Der Kranz der Roten Hilfe für die Märzgefallenen 1848*



**Gedächtnis!**

*wurde Wilhelm Sylt im  
Präsidentium ermordet. Die  
Märzgefallenen sind  
noch immer frei herum*



*Wilhelm Pleck, der 1. Vorsitzende der RHD, bringt bei der Gedächtniskundgebung an den Gräbern der Märzgefallenen ein dreifaches Hoch auf die gefallenen Kämpfer aus und fordert zum Kampf um die Amnestie aller proletarisch politischen Gefangenen auf, in das die Zehntausende kampfwillig einstimmen*

Hämmert in  
die Hirne:  
Kampf um

# AMNESTIE!

Im Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, ist im Rechts-Ausschuß des Reichstages der Amnestie-Antrag der Kommunistischen Fraktion gescheitert. Wenn es nach dem Willen der Mehrheit des Rechts-Ausschusses des Deutschen Reichstages geht, dann sollen die proletarisch-politischen Gefangenen noch weiter, noch Jahre hinaus hinter Kerkermauern verkümmern. Das darf nicht sein. Deshalb muß der Kampf um die Amnestie der proletarisch-politischen Gefangenen auf verbreiteter Front fortgeführt werden.

Alle Amnestien der letzten Jahre haben mit einem völlig unzureichenden Ergebnis für die proletarisch-politischen Gefangenen geendet. Die Hindenburg-Amnestie des Jahres 1925 hatte als Stichtag den 1. Oktober 1923 und schloß damit den überwiegenden Teil der proletarisch-politischen Gefangenen von der Teilnahme an der Amnestie aus. Auch die Einzelbegnadigungen aus Anlaß des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten im Oktober 1927 haben der Mehrzahl der proletarisch-politischen Gefangenen nicht die Freiheit gebracht. Trotz der Einzelbegnadigungen vom Oktober 1927 sollen Max Hoelz und Margies, Beikhardt und Petersen und die anderen Hunderte von proletarisch-politischen Gefangenen noch Jahre, ja lebenslanglich hinter Kerkermauern schmachten, allmählich zugrunde gehen. Wie die Urteilsprechung waren auch die bisherigen Amnestien von der Klassenjustiz diktiert.

Von welchem Geist die bisherigen Amnestien getragen waren, wird blitzartig beleuchtet durch den Fall des Arbeiters Oskar Jandtke, der wohl das Tollste darstellt, was in dieser Republik an Tollheiten und Rechtsbrüchen geleistet wurde. Und das will schon allherd bedeuten.

Der Arbeiter Oskar Jandtke aus Berlin ist durch Urteil des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik vom 30. November 1923 zu einer Gesamtstrafe von 8 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Diese Strafe verbüßt er noch zurzeit. Jandtke ist wegen Teilnahme an Straftaten der sogenannten Plättner-Gruppe während der Märzaktion verurteilt worden. Er wurde am 11. Dezember 1921 verhaftet. In dem Urteil vom 30. November 1923 wird ausgeführt: Daß diese Taten an sich unter das Amnestiegesetz vom 21. Juli 1922 fallen. Selbst der Staatsgerichtshof ist der Meinung, daß in dem Fall des Arbeiters Oskar Jandtke die Voraussetzungen für den § 1 Satz 1 des Amnestiegesetzes vom 21. Juli 1922 vorliegen. Aber dennoch fiel nach der Meinung des Staatsgerichtshofes dieses hochverräterische Unternehmen nicht unter das Amnestiegesetz, weil in diesem Falle die Ausnahmebestimmung des § 1 Abs. 1 Satz 2 Platz greift. Danach ist Straffreiheit „für Straftaten ausgeschlossen, die sich in das Jahr 1922 fortgesetzt haben“.

Man bedenke, Jandtke wurde am 11. Dezember 1921 verhaftet, sitzt seit dieser Zeit und hat dennoch seine Straftaten bis in das Jahr 1922 „fortgesetzt“. Wie das möglich ist, wird jeder fragen? Der Staatsgerichtshof löste auch diesen Widerspruch.

Nach der Auffassung des Staatsgerichtshofes hat Jandtke seine Straftaten dadurch „fortgesetzt“, daß einzelne Mitglieder der Plättner-Gruppe noch im Jahre 1922 Straftaten begangen haben, die sich als Vorbereitung des Hochverrats darstellen. In dem Beschluß über den Ausschluß von der Amnestie 1922 führt der Staatsgerichtshof aus, daß Jandtke in der Hauptverhandlung angegeben habe: „die kleine Plättner-Gruppe habe aufwühlend und Unruhen hervorrufen wollen. Sie hätten damit gerechnet, daß nach und nach Hunderte kleiner Gruppen zusammengestellt werden und so die Diktatur des Proletariats allmählich kommen werde“. Aus diesen Äußerungen schließt der Staatsgerichtshof, daß sich Jandtke im Jahre 1922, als er bereits saß, des versuchten Hochverrats schuldig gemacht habe, der eine Fortsetzung des vollendeten Hochverrats des Jahres 1921 sei. Jandtke müsse als Mittäter der Taten aus dem Jahre 1922 erachtet werden; denn sie haben seinem Willen entsprochen. Diese völlig haltlose, mit normalem Verstand kaum faßbare Auslegung bot dem Staatsgerichtshof Veranlassung, den Arbeiter Oskar Jandtke die Straffreiheit auf Grund des Amnestiegesetzes vom Juli 1922 zu versagen.

Man faßt sich an den Kopf, man hört noch einmal, man liest es noch einmal durch und kann es nicht fassen, was hier der Staatsgerichtshof als „Recht“ judiziert. Die Handlungen Jandtkes im Jahre 1921 sind nach dem Urteilsspruch des Staatsgerichtshofes vollendeter Hochverrat. Die Handlungen des Jahres 1922, die ihm zur Last gelegt werden, deren Mittäter er sein soll, als er im Gefängnis saß, sind nach Feststellung desselben Gerichtes versuchter Hochverrat. Es ist begrifflich völlig unmöglich, daß eine „vollendete Hand-

lung“ nochmals durch eine „versuchte Handlung“ fortgesetzt wird. Zu all diesen Rechtskonstruktionen, die in der Praxis Rechtsbrüche darstellen, kommt noch eins. Der Staatsgerichtshof stellt fest, daß Jandtke seit dem 11. Dezember 1921 in Haft war. Als also die Straftaten des Jahres 1922 ausgeführt wurden, war Jandtke im Gefängnis. Jandtke hat also eine Handlung „fortgesetzt“, an der er gar nicht mitgewirkt hat. Jedoch der weise Staatsgerichtshof wußte sich zu helfen. Er findet nämlich die Mitwirkung des Jandtke darin, daß er in der Hauptverhandlung ausgeführt habe, er habe weitere Taten im Sinne der Plättner-Gruppe im Jahre 1921 erwartet. Das ist der Tatbestand.

Und diese Konstruktionen ermöglichten es, Jandtke um das Recht auf Amnestie, die ihm das Gesetz vom 21. Juli 1922 zusprach, zu bringen. Der Fall des Arbeiters Oskar Jandtke ist nur ein Einzelfall. Zahlreichen proletarisch-politischen Gefangenen hat man das Recht aberkannt, politische Ueberzeugungstäter zu sein, hat sie wegen „krimineller Delikte“ bestraft, trotzdem sie Ueberzeugungstäter im wahren Sinne des Wortes sind. Die Amnestien der letzten Jahre haben deshalb auf diese Gefangenen des Proletariats keine Anwendung gefunden.

Und heute wagt man es, diese Männer, die als Ueberzeugungstäter, als proletarisch-politische Gefangene, in den Kerkern der deutschen Republik schmachten und deshalb in der „Namentlichen Liste der nichtamnestierten proletarisch-politischen Gefangenen“ aufgeführt sind, die der Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands herausgegeben hat, als gemeine Verbrecher zu beschimpfen. Durch eine Pressekorrespondenz, deren Artikel von einer Reihe Provinzblätter nachgedruckt werden, werden unsere proletarisch-politischen Gefangenen als Mörder und Räuber hingestellt. Diese Korrespondenz zitiert aus unserer Liste folgende Namen:

- Max Hoelz, verurteilt wegen Landfriedensbruch, Hochverrat und Mord;
- Ernst Petersen, Ermordung eines Polizeioffiziers;
- Rudolf Margies, Erschießung eines Schutzpolizisten;
- Georg Huber, Beihilfe zum Geiselmord;
- Josef Müller, versuchter Totschlag und Mord;
- Franz Junge, Hochverrat und Raub;
- Alois Lindner, Totschlagsversuch;
- Emil Gökeler, Sprengstoffvergehen, Vorbereitung zum Hochverrat, Beihilfe zum Mord und versuchten Totschlag;
- Heinrich Broschulat, versuchter schwerer Raub;
- Gustav Schulze, Vorbereitung zum Hochverrat, Sprengstoffvergehen, Meuterei;
- Erich Zaretzke, Beihilfe zum Hochverrat, Totschlag, Aufruhr und Landfriedensbruch.

Und dieser Aufzählung folgt dann folgender Erguß:

„Das ist nur das erste Dutzend der in dieser Liste namentlich aufgeführten „politischen Ueberzeugungstäter“. So geht es auf 30 Seiten mit Totschlag, Raub, Körperverletzung, Hochverrat, Landesverrat, Aufruhr und Landesfriedensbruch gemächlich weiter.“

Für die Freilassung dieser „gemeinen Verbrecher“, die ihre „Straftaten“ aus edelsten Motiven begangen haben, kämpfen wir. Rächende Klassenjustiz hat ihnen das Odium gemeinen Verbrechertums angehängt. Für uns sind sie die proletarischen politischen Gefangenen, die in die Gewalt der Klassengegner geraten sind, der die Macht hat, sie hinter Kerkermauern gefangen zu halten, der heute noch die Macht hat.

Um die Freilassung aller proletarisch-politischen Gefangenen, sowohl derer, denen man die Ueberzeugungstäterschaft zuerkennt, wie auch derer, denen man sie genommen hat, geht der Kampf. Und dieser Kampf wird und muß allerorts mit aller Kraft fortgeführt werden. Wir werden nicht müde werden zu kämpfen, bis der Wille nach einer Amnestie unter den Werktätigen so stark ist, daß kein parlamentarisches Manöver vermag, sich über diesen Massenwillen hinwegzusetzen.

Hämmert es in alle Hirne: Unsere gefangenen Klassenbrüder leiden und darben! Quälender Strafvollzug peiniget sie, foltert sie und sucht ihnen langsam den Garau zu machen. Es ist genug der Marter und Leliden! Sie müssen heraus! Sie müssen frei werden! Amnestie für alle proletarisch-politischen Gefangenen!

## Vergesst nicht den Geburtstag der politischen Gefangenen!



Ludwig Herr



Hans Steiner

Freunde und Genossen! Diese Rubrik erfreut sich immer mehr und mehr der Aufmerksamkeit der Roten Helfer, die wissen, was sie zu tun haben. Lest den Brief des Genossen Margies, den wir auf Seite 7 veröffentlichten. Lest, und ihr werdet an die eingekerkerten Genossen denken, die im April-Mai Geburtstag haben, und die wir heute veröffentlichen:

- 21. 4. 01: Louis Heukens, Untersuchungshaft Hamburg;
- 23. 4. 03: Walter Maasch, Strafanstalt Prenzlau;
- 24. 4. 94: Johannes Szon, Zuchthaus Sonneburg;
- 27. 4. 94: Anton Roos, Landesgefängnis Freiburg;
- 27. 4. 97: Paul Eggert, Strafanstalt Plötzensee;
- 28. 4. 99: Christian Müller, Strafanstalt Ludwigsburg i. B.
- 1. 5. 98: Hermann Gelbke, Gefängnis Halle;
- 7. 5. 89: Anton Röger, Zuchthaus Straubing;
- 8. 5. 92: Hans Steiner, Zuchthaus Bruchsal;
- 8. 5. 90: Ludwig Herr, Zuchthaus Hohenasperg;
- 8. 5. 95: Paul Heller, Strafanstalt Bautzen;
- 15. 5. 00: Wilhelm Bahnik, Untersuchungsgefängnis Moabit.

# Auflösung des Preisausschreibens

aus der Februar-Nummer des „Roten Helfers“

## Wer sind diese proletarisch-politischen Gefangenen?



**Christian Heuck**



**Matthias Racosi**



**Otto Bovensiepen**



**Max Hoelz**



**Rudolf Margies**



**Rudolf Greiner**



**André Marty**



**Hermann Thoben**



**Stanislaus Lancucki**



**Boris Stefanoff**

mehreren Jahren Gefängnis verurteilt wurden.

Zühlsdorf hat seit Jahren aus dem Gefängnis an linksstehende Abgeordnete periodisch Briefe geschrieben, in denen er seine Unschuld nachweisen will.

Jetzt ist Zühlsdorf aus dem Gefängnis entlassen worden und als

### Agent bei der Pinkertongesellschaft

für Pommern und Mecklenburg angestellt. Zühlsdorf interessiert sich vorwiegend für die Rote Hilfe und hofft wahrscheinlich, über Rote-Hilfe-Mitglieder Verbindungen zu Betriebszellen zu gewinnen; denn es ist ja bekannt, daß die Pinkertongesellschaft als ärgsten Feind der Unternehmer die kommunistischen Betriebszellen betrachtet und bekämpft.

Wir bringen hier das Bild des Provokateurs und Spitzels Zühlsdorf und warnen die Genossen besonders von Mecklenburg und Pommern vor diesem Burschen. Sein Auftreten muß sofort der nächsten Instanz gemeldet werden, damit er nicht neuen Schaden anrichten kann.

Jetzt ist's heraus! Das Preisrichterkollegium hat am 21. III. getagt. Es waren spannende Momente, als das Kollegium den verschürten und versiegelten Kasten öffnete und die eingegangenen Lösungen sichtete.

Bald stellte sich heraus: Das Preisausschreiben war eine harte Nuß, vielleicht eine zu harte; denn unter den vielen, vielen Einsendungen war keine vollkommen richtige Lösung.

Nach den Bestimmungen erhielten die Preise daher die Einsender, die neun proletarisch-politische Gefangene richtig bezeichnet hatten; dies waren 19 Einsender. Die Reihenfolge der Preisverteilung entschied das Los. Es wurden 17 Preise verteilt, die andern Einsender erhielten Trostpreise, die zu erneuter Beteiligung beim nächsten Preisausschreiben ermuntern sollen.

Den Hauptgewinn, eine vierteilige Küchengeräte, erhielt: Helene Szilose, Berlin, Wassertorstr. 22.

Alwine Gropel, Gelsenkirchen R., Steelerstr. 85; Hermann Ringhandt, Berlin N 58, Kopenhagener Str. 72; Fr. Harbolla, Essen, Hagenastr. 41; I. Herpoldt, Berlin SO 16, Melchiorstr. 31; Hulda Kronenberg, Wald, Schloßstr. 39, erhielten je ein Brettspiel, ein Holzbild (beides Gefangenenarbeiten) und ein Buch.

Hubert Beckers, Odenkirchen, Nordstr. 92, Kr. M.-Gladbach, Rheinland; Elisabeth Grützer, Berlin S 59, Planufer 92, Georg Brede, Essen-West, Duisburger Straße 7; Hans Dörringer, Lörrach, Plamstr. 21; Eugen Haasis, Stuttgart-Ost, Kanonenweg 204; Herbert Pannicke, Berlin N 113; Czarnikauer Str. 5; Fritz Hagemann, Hauptpostamt 1, Essen, Stelle 10; Joseph Söhner, Berlin, Gollnowstraße 3; Elli Matting, Berlin, Gollnowstr. 3; Karl Neumayer, Wald, Rhld., Tiefendikerstr. 36; Luise Sattler, Essen-West, Cronhauser Str. 285, erhielten je ein Holzbild (Gefangenenarbeit), ein Buch, ein Dutzend Kopierstifte und eine Radierung von Heinrich Vogeler.

Das Preisrichterkollegium hat sich, wie bereits mitgeteilt, veranlaßt gesehen, noch eine größere Anzahl Trostpreise zu verteilen. Raumangel gestattet es jedoch nicht, auch diese Gewinner hier namentlich aufzuführen.

Allen Einsendern, die sich an unserm Preisausschreiben beteiligt haben, sagen wir unsern besten Dank.

Berlin, den 21. März 1928.

Redaktion und Verlag „Der Rote Helfer“

Das Preisrichterkollegium:

I. A.:

Dr. Herzfeld, Notar.

Fritz Altwein.

## Warnung!

## Provokateur an der Arbeit!

Wir erinnern uns noch an die unverschämte Behauptung des ehemaligen Untersuchungsrichters Jürgens, die Rote Hilfe habe das Familiensilber der Jürgens gestohlen. Diese Behauptung stammte von dem damaligen Strafgefangenen

**Erich Zühlsdorf**

der nicht damit gerechnet hatte, daß Jürgens in die Lage kommen könnte, ihn als Zeugen gegen die Kommunisten zu brauchen. Er hat dann auch, als die Lage brenzlich wurde, eine Erklärung abgegeben, die dahingehend lautete, daß Jürgens ihm seine Behauptung entlockt und sie obendrein gefälscht wiedergegeben habe.

Bereits im Jahre 1923 hat Zühlsdorf bei den Völkischen Geld unterschlagen. Dieses Handwerk setzte er beim „Bund schaffender Landwirte“ in Pommern fort. Als sie bekannt wurde und die pommerschen Genossen gegen Zühlsdorf erbittert waren, hat er sich davongemacht. Aus Rache hat er dann auch in die Wohnung eines Genossen eine Kiste Sprengstoff gebracht, woraufhin zwei Genossen zu



**Erich Zühlsdorf**

Die

# Mörderhölle Straubing!

VON GUIDO KOPP



Straubing, sagt Herr Spaeth in der Berliner Illustrierten Zeitung, ist die Stadt der Agnes Bernauer, d. h. des Weibes, das ein bayerischer Herzog, nachdem er es genügend „geliebt“, ermorden ließ, weil es nicht ebenbürtig war! Er hätte allerdings für die Stadt, die in neuerer Zeit die bekannte Mörderhölle beherbergt, keinen besseren historischen Hintergrund finden können. Was er in seinem Artikel darbot, ist einfach nichts als eine ganz gröbliche Irreführung der deutschen Öffentlichkeit und darum kann die Sache nicht unwidersprochen bleiben.

Nach der Darstellung des Herrn Spaeth hat es den Anschein, als ob es in dem Zuchthaus Straubing nichts als Palmen, Vergnügungseinrichtungen und Lachen und Singen gäbe.

Ein denkender Mensch wird ja darüber ohne weiteres lachen! Für uns jedoch, die wir seit Jahren den Kampf gegen die Mörderhölle Straubing führen, hat die Sache aber noch einen anderen Hintergrund. Einmal kämpfen wir prinzipiell gegen die deutsche und besonders bayerische Klassenjustiz und dann im besonderen für unsere zu Unrecht inhaftierten Genossen. Und gerade das Letztere verpflichtet uns ganz besonders dazu, den Artikel seines Scheines zu entkleiden.

Von all dem, was Herr Spaeth auf seinen Bildern brachte, sieht von den 800 bis 1000 Gefangenen während der jahrelangen Haft höchstens ein Prozent etwas! Alle Uebrigen nur bei ihrem Ein- oder Austritt aus dem „Sanatorium“! Warum brachte er nicht auch ein Bild von einer Zelle, vom Arreste oder Löwenkäfig, von den Tobzellen, von einem Gefangenen während der Mahlzeit bei Kostabzug?

Oder wäre es vielleicht nicht interessant gewesen, einen Gefangenen während der Nachtruhe zu fotografieren, wenn er beispielsweise Bettentzug hat? Oder wenn er bei Briefempfangsverbot am Samstag sehnsuchtsvoll auf eine Nachricht von seinen Liebsten wartet — in furchtbarer Angst, daß ihm der letzte Halt im Leben entschwinden könnte!

Gar mancher wird denken, er braucht ja nur nicht in Strafe kommen, aber er würde damit nur beweisen, daß er von Straubing keine Ahnung hat, denn es ist einfach eine Unmöglichkeit, wenn es irgendein Henkersknecht will, daß ein Gefangener dort nicht in Strafe kommt! Schaut er vom Henkersknecht weg, so kann er ihn aufschreiben, weil er mit dem Nachbar gesprochen; schaut er dagegen ihn an, so kann er ihn wegen frechen Ansehens zum Strafrapport bringen.

Interessant wäre sicher auch ein Bild von einem Gefangenen, der an Ketten gelegt, nicht in der Lage ist, seine Notdurft am entsprechenden Orte zu verrichten!

Oder wer möchte schließlich nicht gern einmal ein Bild von einem Gefangenen sehen, der seit 56 Jahren hinter Zuchthausmauern sitzt? Daß er ein Narr ist, würde ja nicht allzusehr überraschen, aber daß man ihm zum 50jährigen „Jubiläum“ zwei Zigarren gab, dürfte schon besser in den wundervollen Artikel des Herrn Spaeth passen!

Man ersieht aus den hier angeführten Tatsachen, daß man wirklich nicht sentimental oder klassenkämpferisch zu sein braucht, um hier anderer Ansicht zu sein, wie der Herr Spaeth und damit die „Berliner Illustrierte Zeitung“.

Wenn man ferner bedenkt, daß sich in dem Paradiese des Herrn Spaeth jährlich 10—12 Menschen erhängen und 50—70 in

die Irrenanstalt wandern, kann man ohne Uebertreibung sagen, daß die Anstalt den Untertitel Mörderhölle in vollem Maße verdient. Sind doch außerdem in der Anstalt fahrlässige Tötungen keine Seltenheiten, wie dies die Fälle Poiger, Eschl usw. beweisen. Oder grenzt es nicht geradezu an Perversität, wenn man in dem Anstaltsgarten alle möglichen Delikatessen zieht, von denen der Gefangene nicht einmal eine Spur erhält? Wenn da im Gegensatz dazu die Gefangenen täglich sehen müssen, wie die Herren Oberbeamten entweder mit dem Landauer oder mit dem neuen modernen Auto Vergnügungsfahrten machen.

Außen hui und innen pfui! Das ist die richtige Charakterisierung dieser „modernen“ Anstalt! Wie neuzeitlich der dortige Strafvollzug ist, kann man am besten daraus ersehen, daß sämtliche entlassenen Räterepublikaner vom Amtsarzt für Monate als vollständig arbeitsunfähig erklärt werden mußten. Und es ist



## Rote Hilfe schickt zwölf entlassene proletarisch politische Gefangene in die Sanatorien der Sowjet-Union.

Auf Einladung der Mopd der Sowjet-Union begeben sich in diesen Tagen zwölf entlassene proletarisch-politische Gefangene zur Erholung nach der Sowjet-Union. Unser Bild zeigt die sieben entlassenen bayrischen Räterepublikaner. Stehend von links nach rechts: Karl Gsell, Rudolf Greiner, Gustav Streidl, Georg Huber. Sitzend von links nach rechts: Georg Lermer, Alois Lindner, Hans Kick. Körperlich gebrochen, mit zerrütteten Nerven haben sie vor Wochen die Zuchtsaushölle Straubing, die „moderne Strafanstalt“ verlassen. Außer diesen genannten Genossen reisen noch folgende entlassene proletarisch-politische Gefangene zur Erholung in die Sanatorien der Sowjet-Union: Bovenstepen (Ruhrgebiet), Delvendahl (Ostpreußen), Bader (Württemberg), Broschinski (Hamburg), Eichmüller (Bayern).

noch eine Frage, ob dieser Zustand bei dem Einen oder Anderen nicht Jahre anhält, wenn überhaupt eine vollständige Wiederherstellung der Gesundheit noch in Frage kommt.

Man kann noch so viele Bilder bringen und noch so viele Worte setzen lassen, Straubing wird und muß die Mörderhölle bleiben, solange das heutige System dort herrscht. Es gibt Menschen dort, welche im Jahre bis zu 260 Tage Arrest zu machen haben —, und zwar, weil sich kein Teufel dort um die Psyche eines Gefangenen kümmert. Nach außen hin eine biologische Sammelstelle und nach innen furchtbarster Terror gegenüber wehrlosen Menschen. Wer sich nicht bedingungslos beugt, muß dort ein Marterleben führen, bis ihn der barmherzige Tod erlöst. Und unter diesen Verhältnissen leiden heute immer noch 7 Genossen, die wegen der bekannten Abwehraktion gegen den Hitlersaustall in Füssen zu insgesamt 46 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden.

Heraus mit den Genossen aus der Mörderhölle Straubing. Das wird unser Ruf bleiben, bis endlich der letzte unserer Genossen den Händen dieser Henker entronnen ist!

# BERICHT von Bezirkskonferenzen

## Bezirkskonferenz in Danzig.

Auch im Freistaat Danzig, der als „Ausland“ durch polnisches Gebiet von Deutschland isoliert ist, gewinnt der Gedanke der „Roten Hilfe“ neuen Boden. Wenn dieser Bezirk auch keine politischen Gefangenen hat, so ist es in der letzten Zeit einer kleinen Schar aktiver Roter Helfer dennoch gelungen, die Danziger Arbeiterschaft in steigendem Maße auf das Schicksal ihrer Klassengenossen in den Gefängnissen Deutschlands und Polens aufmerksam zu machen. Die Bezirkskonferenz, die am 12. Februar in Danzig tagte, hatte die Aufgabe, die Mängel und Schwächen, die bei der Arbeit der Bezirksorganisation noch zutage getreten waren, festzustellen und mit frischen Kräften an die planmäßige Erfassung breiterer Massen im Bezirk heranzugehen.

Nach der Wahl des Präsidiums und der Kommissionen gab der Vertreter des Zentralvorstandes, Genosse Barteck, einen Ueberblick über das Wüten des weißen Terrors in den kapitalistischen Ländern und die Aufgaben, die der Roten Hilfe Danzig auf Grund ihrer besonderen Lage erwachsen. Eine Resolution, die zu dem internationalen weißen Terror Stellung nimmt, sowie ein Appell an die Rote-Hilfe-Mitglieder, mit aller Kraft für die Opfer des chinesischen Freiheitskampfes einzutreten, fand einmütige Annahme.

Der Tätigkeitsbericht des Bezirksvorstandes deckte unumwunden die Schwächen, die noch in der Organisation bestehen, auf. Als nächstes Ziel für den Aufbau der Organisation stellte sich die Konferenz: Heranbildung neuer Funktionäre, Ausbau und Festigung der Leitungen in den Ortsgruppen und Distrikten, Abhaltung regelmäßiger Mitglieder-, Funktionär-Versammlungen und Vorstandssitzungen.

### Bezirkskonferenz Ostsachsen.

Auf der am 26. Febr. abgehaltenen Bezirkskonferenz des Bezirks Ostsachsen waren 70 Ortsgruppen durch 113 Delegierte vertreten. Von den Delegierten gehörten 86 der KPD an, einer der SPD., zwei waren Syndikalisten und 20 parteilos.

Aus dem Organisationsbericht des Gen. Koch ging hervor, daß der Bezirk Ostsachsen in der Berichtsperiode auch große organisatorische Fortschritte gemacht hat. Besonders während der Sacco- und Vanzetti-Kampagne stand die R. H. an der Spitze einer sehr großen Bewegung, besonders in Dresden. In der Berichtsperiode wurden 6 neue Kollektivmitgliedschaften mit 9034 Mitgliedern gewonnen. Die Zahl der Ortsgruppen erhöhte sich von 91 auf 97. Im ganzen Bezirk gibt es 8 Betriebsgruppen, die während der Berichtsperiode eine rege Tätigkeit entfaltet haben.

Nachdem der Gen. Koch dann noch die einzelnen Protestaktionen und Werbeveranstaltungen besprochen hatte, gab er auch noch einen Ueberblick über die finanzielle Entwicklung des Bezirks, die sich ebenfalls gegenüber dem Vorjahre wesentlich gebessert hat.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung „Unsere nächsten Aufgaben“ referierte der Gen. Wehner. Er wies vor allen Dingen auf die mangelnde agitatorische Arbeit der einzelnen Gruppen hin. Die zentrale Aufgabe sei eine stärkere Politisierung der ganzen Arbeit, da es nur so möglich sei, über dem bisherigen Rahmen der Organisation hinauszukommen.

In der Diskussion sprachen 7 Delegierte, die im wesentlichen den Ausführungen des Referenten zustimmten und sich besonders für eine Verstärkung unserer Arbeit in den Betrieben einsetzen.

Nach Behandlung der Anträge wurde der neue Bezirksvorstand, für den 4 Kommunisten, 2 Sozialdemokraten und 1 Parteiloser vorgeschlagen wurden, durch die Bezirkskonferenz einstimmig gewählt.

## 3. Bezirkskonferenz Mittelrhein.

Am Sonntag, den 18. März, fand im Volkshaus in Köln die 3. Bezirkskonferenz der Roten Hilfe statt. Die Konferenz war ein Ausdruck dafür, daß die Rote Hilfe zu einer Massenorganisation geworden ist, die fest in der Arbeiterschaft am Mittelrhein verankert ist und auch gute internationale Verbindungen hat. Im „Volkshaus“-Saal waren 91 Delegierte von 60 Ortsgruppen, sowie 10 Delegierte von angeschlossenen Korporativmitgliedschaften anwesend. Außerdem nahmen zahlreiche Gäste und Vertreter scheidener Organisationen, wie Gewerkschaften, Freidenker, Arbeiter-Sportvereine und Betriebsbelegschaften teil.

Ein bulgarischer Genosse war von den bulgarischen Gefangenen und Emigranten zur Roten-Hilfe-Konferenz des Bezirks Mittelrhein entsandt und überbrachte aus dem Zentralgefängnis in Sofia wie auch aus dem Kreisgefängnis in Tatar-Pasartschik von den Gefangenen bzw. den Witwen der gefallenen bulgarischen Freiheitskämpfer hergestellte Geschenke an die Rote Hilfe Köln.

Der Genosse Glier gab den Organisations- und Kassenbericht, aus dem ein erfreuliches Wachstum der R. H. D. auch im Bezirk Mittelrhein hervorgeht. Von den durchgeführten Kampagnen hat am meisten die Sacco- und Vanzetti-Kampagne breitere Kreise noch Fernstehender der Roten Hilfe zugeführt.

In der anschließenden Diskussion wurde allgemein über den Funktionärmangel geklagt. Fast alle Diskussionsredner betonten übereinstimmend die Notwendigkeit einer Verstärkung der Arbeit in Betrieben und in den proletarischen Massenorganisationen.

Hierauf sprach der Vertreter des Z. V., Genosse Ehlers - Berlin, über „Die nächsten Aufgaben der R.H.D.“. Er ging in seinem Referat von der tiefgreifenden Veränderung in der kapitalistischen Welt-

wirtschaft nach dem Kriege aus. Der Hauptgegensatz England—Sowjet-Union wurde an Hand zahlreichen ökonomischen Materials nachgewiesen. Besonders die wirtschaftlichen und politischen Ursachen des weißen Terrors in China wurden ausführlich behandelt. Darüber hinaus sei es kein Zufall, daß der weiße Terror in solchen Ländern wie Litauen, Lettland, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Italien die schärfsten Formen angenommen habe. Es seien dies entweder Staaten, die nach dem Kriege neugeschaffen und aus einem großen Wirtschaftsgebiet herausgerissen für sich allein kaum existenzfähig sind, oder aber Staaten wie Italien, in denen die offene faschistische Diktatur zur Herrschaft gelangt ist. Am schärfsten wird der Terror in den Kolonien ausgeübt, da das Erwachen der Kolonialvölker das ganze kapitalistische System in seinen Grundfesten erschüttert.

Dann ging der Referent noch auf die Entwicklung des „neuen“ deutschen Imperialismus und die Vorbereitung des Krieges auf dem Gebiete der Gesetzgebung ein. An Hand des Streikparagrafen und der Paragrafen über „drohenden Krieg“ und Hochverrat wies der Referent nach, welche große Gefahren der neue Strafgesetzesentwurf für die Arbeiterklasse in sich birgt.

Ferner sprach der Genosse E. noch über die Frage der Generalamnestie und Stellung der R. H. D. zur Wahl.

Die Delegierten der Bezirkskonferenz waren mit den Ausführungen des Z. V. restlos einverstanden und nahmen von einer Diskussion Abstand.

Nach Beratung der Anträge wurde der neue Bezirksvorstand, in dem 5 Frauen vertreten sind, durch die Konferenz einstimmig gewählt.



## NEUE MASSENBROSCHÜREN

ZU BEZIEHEN DURCH DEN MOPR VERLAG  
BERLIN N.W.7 DOROTHEENSTR. 77/78

## Organisationsbericht für das IV. Quartal 1927

Bezirke	Die Ortsgruppen umfassen Arbeitsgruppen u. Zellen in:				Mitgliederbewegung						Parteizugehörigkeit				Funktionäre sind vorhanden in:				Übersicht über Versammlungstätigkeit											
	Ortsgruppen	Betriebe	Gewerkschaften	Vereinen	Wohnbezirke	Männer	Frauen	Zusammen	Kollektivmitgliedschaften	Anhänger der Koll.ktivmitgl.	Mitglieder insgesamt	KPD	SPD	Bürgerliche	Parteilose	Betriebe	Gewerkschaft	Vereinen	Wohnbezirke	Zusammen	Konferenzen	Bezirksvorstand-Bezirksaussch.-Ortsvorstandslz.	Funktionäre	Mitglieder	Kollektivmitgliedschaften	Oeffentliche	Kundgr. Demonstrationen	Lichtbilder-	Vorträge	
Berlin-Brandenburg	140	128	7	28	216	28 044	12 904	40 948	49	44 774	85 722	14 110	207	131	26 500	392	35	64	1214	1705		222	317	385	4	31	36	54		
Pommern	44	6	9	10	75	2 507	427	2 934	13	4 963	7 897	1 445	13		1 476	10	17	12	201	240		52	39	41		5	10	21		
Ostpreussen	50	12	15	10	208	3 284	722	4 006	19	3 914	7 920	1 763	10	2	2 231	12	15	9	206	242		9	5	8			4	18		
Danzig	25				25	1 012	289	1 301	2	190	1 491	788	8		505		2		81	83		4	9	17		4				
Oberschlesien	23	4	1	2	24	1 563	237	1 800	5	748	2 548	772	18	5	1 005	17	7	3	59	86		2	12	14		5	3			
Schlesien	66	18	4	1	95	4 149	1 078	5 227	4	3 142	8 369	1 926	86	2	3 213	28	14	3	254	299		55	52	41		10	1	2		
Ostsachsen	97	36		11	150	4 495	831	5 326	11	11 803	17 129	3 235	52	13	2 026	68	11	12	325	416		51	63	60		9	14			
Erzgebirge-Vozfl.	176	23	4	374	11 941	2 515	14 456	12	2 434	16 890	9 255	143	39	5 019	42	14	14	998	1068		168	142	96		6	3				
Westachsen	92	60		103	7 198	1 893	9 091	8	1 414	10 505	5 951	67	5	3 068	52	6		362	420		64	102	54		8		4			
Halle-Merseburg	112	2	4	93	110	8 199	1 822	10 021	79	7 096	17 117	6 026	91	27	3 877	65	55	137	136	393		190	203	210		3				
Magdeburg	40	2	2	6	220	3 244	960	4 204	5	1 305	5 509	1 794	60	39	2 311	2	2	6	270	280		42	46	49		5	6	5		
Thüringen	91	10	3	2	140	5 617	1 273	6 890	88	13 430	20 320	4 280	71	34	2 535	74	43	32	246	395		41	30	31		26	2	3		
Niedersachsen	52	2		9	91	2 463	788	3 251	5	3 335	6 586	1 815	173	38	1 225	30	8	14	158	210		76	71	36		11	5			
Mecklenburg																														
Wasserkante	98	26			117	13 199	2 502	15 701	6	9 302	25 003	11 611	139	7	3 944	43		6	577	626		47	95	65		2	5	1	4	
Nordwest	30	3	5	2	45	3 409	565	3 974	4	275	4 249	2 217	59		1 698	19	10	14	116	159		38	32	24		11	3			
Ruhrgebiet	101	13	3	7	488	13 238	3 487	16 725	29	37 127	53 852	6 670	124	25	9 906	26	14	14	799	853		48	106	156		4	7	15		
Niederrhein	94	12	1	6	230	11 291	2 922	14 213	38	3 954	18 167	5 682	65	78	8 388	30	1	9	682	722	6x	117	158	62		17		11		
Mittelrhein	78	25		1	177	6 650	1 735	8 385	6	5 105	13 490	3 690	90	75	4 530	40	4	3	480	527	4*	89	143	105		38	4		Kurse	
Hessen-Waldeck	17				29	653	202	855			855	509	5	2	339				29	29		7	5	1		1				
Hessen-Frankfurt	68	3		1	64	4 194	463	4 657	23	2 663	7 320	2 682	84	19	1 872	14	2	22	152	190	4	23	38	46		3	7		12	
Rhein-Saar																														
Baden	61	6		7	53	3 889	521	4 410	10	675	5 085	1 897	93	51	2 369	25		19	134	178		31	26	27		1				
Württemberg	48	3			164	2 562	285	2 847	23	12 141	14 988	1 779	17	9	1 052	30		2	170	202		15	15	7						
Bayern	91	20			195	5 337	1 064	6 401	12	1 925	8 326	2 693	219	25	3 464	38	5	21	325	389		185	240	240				4		
Zentral-Sekret.									1	200000	200000																			
<b>Summa:</b>	<b>1703</b>	<b>419</b>	<b>54</b>	<b>200</b>	<b>3393</b>	<b>148 138</b>	<b>39 495</b>	<b>187 633</b>	<b>452</b>	<b>371 715</b>	<b>559 348</b>	<b>92 590</b>	<b>1894</b>	<b>625</b>	<b>92 523</b>	<b>1057</b>	<b>265</b>	<b>416</b>	<b>7974</b>	<b>9712</b>	<b>60</b>	<b>1576</b>	<b>1949</b>	<b>1775</b>	<b>14</b>	<b>212</b>	<b>111</b>	<b>123</b>	<b>11</b>	<b>Kurse</b>

x Arbeits-Gebiets-Konf.  
\* Unterbezirks-Konf.

## Einnahmen und Leistungen der RHD. im IV. Quartal 1927

Bezirke	Einnahmen der RHD. im IV. Quartal 1927									Leistungen der RHD. im IV. Quartal 1927								
	Eintätte-gelder	Beitragsmarken	Kollektiv-beiträge	Sammellisten	Sonstige Sammlungen	Gehalts-Verlags-Abführungen	Literatur-verkauf	Zeitung	Summe der Einnahmen	Familien-Gefangenen-Unterstützung	Notstands-Unterstützung	Rechtsschutz	Entlassungs-gelder	Propaganda	Für Literatur und Zeitungen	Summe der Leistungen	Abführungen f. Rechtsschutz usw.	Zuschüsse vom Zentral-Vorstand
Berlin-Brandenburg	362.10	28 888.60	696.20	944.65	43 034.06	1 903.80	1 764.59	5 219.20	82 813.20	16 882.93	601.26	1 080.—	681.50	9 271.84	28 517.53	42 021.—		
Pommern	17.70	1 656.40	139.60	915.18	605.44	150.—	144.90	542.95	4 172.17	1 115.—	50.—	25.—	100.90	779.—	2 069.90	675.—		
Ostpreußen	20.50	3 292.80	149.55	2 383.86	969.57	724.75	291.25	725.78	8 558.06	3 099.49	199.78	50.—	380.78	520.33	4 250.36	3 421.22	1 000.—	
Danzig	2.72	300.08			34.08	20.—	25.20	88.96	471.04	128.—			41.92	16.—	188.9.	59.76		
Oberschlesien	17.40	357.30	22.—	380.70	1 183.01	35.20	80.35	198.57	2 234.53	731.11	80.—		62.40	295.—	1 168.51	400.40		
Schlesien	19.30	2 531.20	22.50	1 418.48	979.83	390.—	216.92	443.05	6 021.28	1 117.01	53.—		149.70	571.88	1 891.59	1 854.50		
Ostsachsen	43.70	4 793.—	106.70	3 673.02	3 450.32	619.45	573.64	529.84	13 789.67	1 535.—	213.50	50 —	479.28	1 386.60	3 664.38	6 972.75	60.70	
Erzgebirge-Vozfl.	51.40	12 466.80	215.75	11 867.10	4 569.81	1 600.—	798.18	1 147.72	32 716.76	2 929.95	332.41	325.—	899.50	1 760.49	6 247.35	22 938.—		
Westachsen	43.90	7 598.50	72.75	5 995.79	2 142.31	1 228.—	586.53	805.—	18 474.78	2 992.50	332.63	25.—	500.26	2 222.53	6 072.92	6 122.97		
Halle-Merseburg	18.50	4 467.70	759.65	5 307.31	4 272.—	305.50	73.40	733.30	15 937.36	6 895.32	85.—	75.—	616.34	811.35	8 483.01	5 063.—		
Magdeburg	17.—	2 211.60	38.50	2 159.64	1 042.73	386.—	481.17	676.70	7 013.34	2 266.13	133.11	100—	326.07	725.16	3 550.47	7 128.—	300.—	
Thüringen	10.70	3 545.70	811.50	3 302.21	11 911.42	1 484.—	436.20	637.76	22 139.49	1 293.40	170.—	150.—	761.94	1 557.23	3 932.57	5 878.60		
Niedersachsen	14.50	1 989.80	18.—	3 201.44	813.06	704.10	270.75	565.45	7 577.10	1 680.22	55.50	75.—	175.—	1 070.40	3 056.12	2 600.—		
Mecklenburg	0.80	174.40	2.—		67.49		17.80	26.60	289.09	150.—	10.—			160.—	18.—	50.—		
Wasserkante	63.50	8 514.90	128.—	10 313.32	4 198.45	3 333.60	673.33	1 004.33	28 229.43	6 464.80	244.70	305.—	2 355.55	2 342.20	11 712.25	13 400.—		
Nordwest	28.40	2 812.35	113.75	1 627.65	1 000.35	312.50	123.30	417.10	6 435.40	770.—	70.—		741.55	450.—	2 031.55	2 330.—		
Ruhrgebiet	104.20	8 963.90	551.—	4 701.21	4 561.85	1 665.50	449.90	1 736.61	22 734.17	11 121.95	933.82	1 075.—	792.56	2 018.74	15 942.07	3 825.61		
Niederrhein	87.50	12 908.60	642.50	4 642.17	3 996.39	2 061.30	758.70	1 737.20	26 834.36	6 818.33	431.21	592.—	706.04	2 062.17	10 609.75	11 157.—		
Mittelrhein	68.90	6 399.80	12.—	2 982.11	2 100.58		501.04	1 294.75	13 339.18	2 530.99	117.10	100.—	426.—	2 214.13	5 388.22	5 368.30		
Hessen-Waldeck	6.30	200.—		3.—	116.24	32.50	71.15	106.50	537.69	125.—	3 —		84.83	94.74	307.57		50.—	
Hessen-Frankfurt	29.30	3 344.40	227.—	2 337.50	2 842.71	325.—	579.27	866.77	10 551.95	751.—	88.34	100.—	1 143.03	1 296.31	3 378.68	3 508.30		
Rhein-Saar	15.31	348.92			326.15	162.85	17.66	106.01	978.90		83.07			83.07	399.40			
Baden	13.10	3 095.60	91.10	2 072.30	844.94	649.50	215.44	609.04	7 591.02	2 452.50	365.80	750.—	206.03	248.20	4 022.53	1 825.—		
Württemberg	17.70	3 152.70	255.—	4 851.72	2 213.82	1 038.50	162.92	428.72	12 121.08	3 147.50	289.45	325.—	169.12	74.99	4 006.06	4 007.50		
Bayern	42.60	4 695.85	106.—	4 721.57	1 949.38	600.—	215.91	1 008.42	13 337.63	6 843.—	175.—	250.—	46.85	29.62	7 344.47	1 630.—		
Zentralvorst.d.RHD.					10 445.50				35 994.85	17 121.—	319.75	425.—	26430.14		44 295.89			
<b>Summa:</b>	<b>1 118.93</b>	<b>128 710.90</b>	<b>5 181.05</b>	<b>79 801.93</b>	<b>99 225.99</b>	<b>30 177.55</b>	<b>9 529.50</b>	<b>21 618.33</b>	<b>400 913.53</b>	<b>100 962.13</b>	<b>5 437.43</b>	<b>5 877.—</b>	<b>38 280.27</b>	<b>31 818.91</b>	<b>182 375.74</b>	<b>1 461 61.10</b>	<b>1 480.70</b>	

Zu den Leistungen kommen noch M 32 420.12 für Rechtsschutz und M 24 956.47 für Kinderheime, die vom Zentralvorstand getragen werden  
Kassenbestand in den Bezirken und im Zentralsekretariat insgesamt M 63 854.94

# VON UNSEREN ROTE-HILFE-KORRESPONDENTEN

## Berlin-Brandenburg.

In Nowawes wurde eine Frau, die auf dem Wochenmarkt unsere Zeitung „Der Rote Helfer“ verkaufte, von der Polizei verhaftet und mit zur Wache genommen. Die Frau mußte mehrere Stunden auf der Wache sitzen und nach Feststellung der Personalien und Beschlagnahme der noch in ihrem Besitz befindlichen 42 Zeitungen, wurde sie entlassen. Der Vorsitzende und Kassierer unserer Ortsgruppe gingen darauf am nächsten Tage zur Polizeiwache, beschwerten sich über die Verhaftung der Genossin und verlangten die sofortige Herausgabe der 42 „Roten Helfer“. Der Polizei-Kommissar gab sie dann auch heraus, erklärte aber unseren Genossen, daß der öffentliche Verkauf der Zeitungen ohne Gewerbebeschein verboten ist. (Dies ist falsch. Im Jahrgang 1927, Nr. 11 S. 12 und Nr. 2 S. 10 haben wir zwei gerichtliche Entscheidungen veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß zum Vertrieb der „Roten Helfer“ kein Gewerbebeschein notwendig ist. Wir weisen bei dieser Gelegenheit nochmals unsere Kolporteurs und „Roten Helfer“ auf diese Artikel hin, die gründlich informieren. Die Schrittleitung.) Im Laufe des Gesprächs sagte er auch, daß der Verkauf dieser Nummer des „Roten Helfers“ (Nr. 2 v. Februar) überhaupt ohne polizeiliche Genehmigung eigentlich nicht stattfinden dürfe, da in der Zeitung ein Preisausschreiben veröffentlicht ist. Jede Zeitung ist daher als Los für 10 Pf. zu betrachten und solch eine Lotterie bedarf einer besonderen Genehmigung. Unsere Genossen lachten ihm darauf hin aus, und der Kommissar erklärte, daß sie noch weiteres darüber hören werden.

Am Sonntag, den 18. März 1928, hatte die Rote Hilfe-Ortsgruppe Lübbethen in Mecklenburg eine öffentliche Kundgebung veranstaltet. Schon tagelang vorher hatten die Rote Hilfe-Mitglieder gute Vorarbeit unter der Landarbeiterschaft geleistet. Seit sehr langer Zeit war es ihnen wieder einmal gelungen, überhaupt einen Saal zu bekommen. Mit einem selbst angefertigten Kerkerwagen propagierten sie vorher und am Sonntag noch einmal für die Veranstaltung, die um 7 Uhr abends begann. Gewiß, in größeren Orten sind solche Kerkerwagen zur Propagandaarbeit keine Seltenheit mehr. Hier aber griffen Rote Helfer in einem kleinen Ort im reaktionären Mecklenburg zu diesem großstädtischen Propagandamittel. Der Erfolg hat gezeigt, daß sie recht daran taten. Der Referent vom Bezirksvorstand Berlin-Brandenburg zeigte in der Ansprache den Landarbeitern die dringende Notwendigkeit der Roten Hilfe. Die Lichtbildervorträge „Zaristische Kerkergruel“ sowie „Der weiße Terror in China“ trugen mit dazu bei, die Solidarität mit den Opfern der bürgerlichen Klassenjustiz zu steigern. Aufmerksam lauschten über 100 Anwesende den Ausführungen des Redners. Neben gutem Umsatz von Broschüren und China-Marken konnte diese gelungene Veranstaltung mit einem Reinüberschub von 15.— M. abgeschlossen werden.

## Ostpreußen:

Von entlassenen politischen Gefangenen aus Insterburg erhielt die Redaktion des „Roten Helfers“ folgendes Schreiben:

Insterburg, den 8. 3. 1928.

Ihr werdet lange auf eine Nachricht von uns gewartet haben. Doch wollten wir gleichzeitig mit einem Schreiben eine Photographie mitsenden; dies hat unseren Brief solange verzögert. Ich kann noch die freudige Mitteilung machen, daß unser Empfang ein herzlicher war. Dies war ein Beweis, daß Tausende Proletarier uns nicht vergessen hatten, sondern ihre Sympathie uns kundtaten, indem sie uns mit klingendem Spiel aus den Mauern des Zuchthauses abholten. Sogar ein deutschnationales Blatt sah sich veranlaßt, seinen Neid kundzugeben, weil es noch niemals eine solche Menge Menschen in seinen Reihen aufbringen konnte. So manchem Spießherd klopfte das Herz, als er den Marsch der Arbeiter hinter den Gardinen mitansah.

Wir wollen nun der „Roten Hilfe“ nicht mit leeren Worten danken, sondern, soweit unsere Kraft reicht, mitarbeiten am Werke der Zukunft, für die Befreiung der proletarisch-politischen Gefangenen, am weiteren Aufbau der Roten Hilfe, um auch uns einst ein proletarisches Vaterland zu erkämpfen, in dem dann allem, was Menschenantlitz trägt, die Sonne der wahren Freiheit und Gerechtigkeit scheint. Trotz der vierjährigen Bewährungsfrist wollen wir unsere Pflicht treu in den Reihen der roten Klassenfront erfüllen.

Gleichzeitig sprechen wir allen Genossen und Roten Helfern unseren aufrichtigsten Dank aus für die tatkräftige, materielle und moralische Hilfe, die uns und unseren Angehörigen während der Haft gewährt worden ist.

Mit frohem Kampfesgruß  
Genosse Bruno Steinbacher, Fritz Neumann, Heinrich Bethke, Hermann Heinrich, August Loblen, Josef Moser.

## Ostsachsen:

Im Februar leisteten wir rege Propagandaarbeit nach außen hin. Unsere Mitgliederversammlungen, in denen wir vor allem die Aufklärung über den Strafgesetzentwurf sowie den Kampf gegen den imperialistischen Terror in China behandelten, waren in den meisten Fällen von einer Reihe von Gästen besucht. Wir haben die

Erfahrung gemacht, daß eine gründliche Aufklärung über die Gefahren des Strafgesetzentwurfs die meisten Proletarier interessiert, und daß sie verstehen, daß hier mit besonderer Energie der Kampf aufgenommen werden muß.

Für die China-Vorträge verwendeten wir in reichem Maße Lichtbilder. Um auch hier organisatorische Erfolge zu erzielen, verbanden wir die Vorträge mit einem Hinweis auf die Zusammenhänge der chinesischen Kämpfe mit den deutschen und brachten so gleichzeitig mehrere Seiten unserer Arbeit dem Verständnis der Hörer nahe. In der Pause des Lichtbildervortrages verkauften wir China-Marken. Um einen größeren Umsatz zu erzielen, muß der Referent selbst die Marken anbieten. Bisher nahmen durchschnittlich 80 % der Besucher Marken. Es soll dadurch erreicht werden, unsere Mitglieder nur in sehr geringem Maße mit Extramarken zu belasten. Erst, wenn die öffentlichen Versammlungen als beendet angesehen werden können, wollen wir die restlichen Marken herausgeben.

Vom 15.—25. wurden Konzerte mit dem Geiger Soermus abgehalten, die durchweg einen guten Erfolg brachten. Er liegt weniger auf dem Gebiet einer zahlenmäßigen Stärkung unserer Organisation als auf finanziellem Gebiet. Es gelang, für die Kinderheime eine nicht unbedeutliche Summe herauszuholen. Bemerkenswert ist, daß — trotz vielen Auftretens — das Interesse für die Kunst des roten Geigers Soermus nicht erlosch.

Anfang März sprach die Genossin Hoelz in einigen öffentlichen Versammlungen. Wir benutzten die Kundgebungen, um Vorstöße in schwachen Ortsgruppen zu machen. Wenn einmal ein Anstoß gegeben ist, entwickelt sich eine Ortsgruppe, bei guter systematischer Arbeit, leicht weiter. In Ottendorf-Okrilla hatten wir lange Zeit hindurch eine Ortsgruppe von 20 Genossen. Es gelang, trotz vieler Bemühungen nicht, aus den Reihen der parteilosen Arbeiter Zuwachs zu bekommen. Durch eine Versammlung, die wir mit der Genossin Hoelz im November vorigen Jahres veranstalteten, wuchs die



Der Jugendgenosse Lindlbauer, Mitglied des Reichsbanners, der von der R. H. während seiner Haft unterstützt wurde

Gruppe an einem Tage auf 78 Mitglieder an. Jetzt zählt die Gruppe bereits 120 Mitglieder, die auch gut arbeiten. Dieses Beispiel zeigt, wie vorteilhaft eine Belegung schwacher Gruppen mit größeren Veranstaltungen ist. Auch in dieser Hoelz-Kampagne nahmen wir eine größere Anzahl von neuen Mitgliedern auf.

Die mit dem Genossen Sla Ting veranstaltete China-Kundgebung nahm einen eindrucksvollen Verlauf. Die Unkosten beliefen sich aber so hoch, daß uns weitere derartige Kundgebungen bald finanziell unmöglich gemacht werden. Wir haben aber hierbei gezeigt, daß wir als Rote Hilfe selbständig Massen auf die Beine zu bringen verstehen.

Unsere nächste Arbeit ist die Durchführung der Werbeweche, mit der wir bereits begonnen haben. Vor allem wollen wir uns konzentrieren auf eine Werbung von Lesern des „Roten Helfers“. Die können wir dann registrieren und planmäßig bearbeiten, so daß auch für die Organisation ein Erfolg zu sehen sein wird. — Bemerkenswert ist weiter, daß das Stadtverordnetenkollegium von Dresden beschlossen hat, für die Kinderhelme 2000.— RM. abzuführen. Dieser Beschluß erfolgte, nachdem der Rat eine Bewilligung abgelehnt hatte. Auf Grund unserer Zusammenarbeit mit den proletarischen Stadtverordneten war dieses Ergebnis zu erzielen. Die kurz vorher herausgegebenen Prospekte für die Kinderhelme leisteten uns gute Dienste, da wir sie sämtlichen Ausschußmitgliedern zugänglich machten. Im Plenum stimmten



Die 6 entlassenen Insterburger Genossen: Bruno Steinbacher, Fritz Neumann, Heinrich Bethke, Hermann Heinrich, August Loblen und Josef Moser



**Ein wegen literarischen Hochverrats verurteilter Buchhändler:**

**Franz Cavler verbüßt seine Strafe „1 Jahr Festung“ in der Strafanstalt Vechta i. Oldenburg**

dann folgende Fraktionen für eine Bewilligung: Kommunisten, Sozialdemokraten, A. S. P., Demokraten und Aufwärtler. Dies gelang aber erst nach sehr langem Kampf. Vorher war eine rege Gegenpropaganda getrieben worden. Die kommunistischen Genossen setzten sich energisch für unser Ersuchen ein.

Durch den JSB. und den RFB. wurden wir im vergangenen Monat verschiedentlich gut unterstützt. Wir veranstalteten in einigen Ortsgruppen gemeinsame Versammlungen, die für alle beteiligten Organisationen erfolgreich waren.

**Ruhrgebiet:**

Die Chinakampagne wurde im Ruhrgebiet durch 11 große Kundgebungen eingeleitet, in denen der Genosse Sia-Ting sprach. Trotzdem zur gleichen Zeit in allen Orten des Bezirks Ruhrgebiet Karnevalstrubel und -stimmung herrschte, waren die meisten Versammlungen überfüllt. Ein Beweis dafür, daß bereits wieder große Teile der Werktätigen sich für die Fragen und Nöte des Alltags interessieren und mit der Narretei des Karnevals nichts zu tun haben wollen. Sie haben durch ihre Teilnahme an den Kundgebungen gezeigt, daß sie sich von Unternehmersöldlingen und üblen Geschäftemachern nicht davon abhalten lassen, ihre Pflicht gegenüber ihrer Klasse zu erfüllen und dem chinesischen Proletariat volle Sympathien entgegenbringen und sich mit ihm solidarisch fühlen.

Die Chinakampagne wird mit der März- und Amnestiekampagne verbunden im Ruhrgebiet weiter durchgeführt. Noch in drei Kundgebungen soll der Genosse Sia-Ting zum Industrieproletariat sprechen, daß ihn gerne hört, und wie die Verbrüderungsszenen in einzelnen Kundgebungen zeigten, sich mit dem unterdrückten chinesischen Proletariat verbunden fühlt.

Zurzeit finden überall in den Ortsgruppen Mitgliederversammlungen statt, in denen die März-kampagne vorbereitet wird, Beschwerde wird von den Funktionären darüber geführt, daß die Kampagnen der proletarischen Organisationen zu schnell aufeinander folgen oder sogar zu ein und derselben Zeit stattfinden.

Zum 18. März sind in vielen Ortsgruppen große März-kundgebungen gemeinsam mit den übrigen proletarischen Organisationen vorbereitet.

Polizei und Justiz konnten es sich auch in diesem Jahr nicht versagen und bedachten einige Sammler der „Roten Hilfe“ mit Strafmandaten wegen verbotenen Sammelns. Diese Dunkelmänner glauben durch ihre Nadelstichpolitik das Solidaritätswerk der Arbeiterschaft zu unterbinden. Erhöhte Aktivität der Roten Helfer wird ihnen zeigen, daß nun erst recht für die Brüder hinter Kerkermauern gesammelt wird.

Vom Reichsgericht wurden wieder einige Genossen zu unerhöht hohen Festungsstrafen verurteilt, weil sie Polizeibeamte, Staatsbürger gleichen Rechts, wie jeder andere Steuerzahler, durch Aushändigung von Schritten politisch auf-

klären wollten. Was geschieht mit dem Herrn Reichsanwalt, der die verfassungsmäßig garantierte Meinungsäußerung in Wort und Schrift unterbinden will?

Die Roten Helfer werden den Schlag des Herrn Reichsanwalts mit erhöhter Aktivität beantworten.

**Bez. Mittelrhein.**

Die Beschlagnahme der von uns den bulgarischen politischen Gefangenen überwiesenen 500,00 M. durch die Bulgarische Regierung rief eine ungeheure Empörung bei der Arbeiterschaft hervor. In Versammlungen, Kundgebungen usw. wurden Protest-resolutionen angenommen und versandt. Es gelang uns, für Ende Januar einen bulgarischen Genossen als Referenten zu bekommen, der in Köln, wie auch in Aachen über die Lage der politischen Gefangenen in Bulgarien gesprochen hat. Der Bezirksvorstand beschloß, auch eine größere Protest-kampagne für die Freigabe des beschlagnahmten Geldes und Freilassung der dabel verhaltenen Genossen zu unternehmen. Die Protestkampagne wurde im Bezirk noch gesteigert und hat auch ihre Wirkung in Bulgarien nicht verfehlt. 2000 Unterschriften als Protest gegen die Unterdrückung in Bulgarien und Forderung für Amnestie wurden nach Bulgarien entsandt. Die Patenschaft ist in unserm Bezirk dadurch lebendig geworden, und man kann nun wirklich von Solidarität sprechen. Briefe aus Bulgarien und Photographien beweisen dasselbe. Wir hoffen, daß von nun an die Patenschaft als wichtige Aufgabe von jedem einzelnen Mitglied angesehen wird.

**Bayern:**

Der Redaktion des „Roten Helfers“ wird nachfolgender Brief des 17½ jährigen Genossen Lindbauer, der im Giesinger Prozeß zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt und in der Berufungsverhandlung mit Strafaussetzung am 19. Februar 1928 entlassen wurde, zur Verfügung gestellt. Genosse Lindbauer wurde während seiner Haft regelmäßig von der „Roten Hilfe“ unterstützt.

**Werte Genossen!**

Es freute mich, einmal jemand kennen gelernt zu haben von der Roten Hilfe. Der Genosse Geier war am 24. 12. 27 bei uns im Gefängnis und hat uns einen Besuch abgestattet. Auch hat es mir große Freude gemacht, daß Ihr soviel für mich getan habt. Allerdings konnte ich die fette Sache nicht recht verdauen, da ich nicht mehr fett essen kann, seit ich im Gefängnis bin, denn da ist alles mit ganz wenig Fett gekocht. Ich wurde krank, da ich es so mit dem Magen in letzter Zeit hatte. Hoffentlich wird es wieder werden, bis mein Freigang erfolgt. Auch das Buch „Auf dem Wege zum Marxismus“ habe ich mit bestem Dank erhalten. Aber Genossen, Ihr habt da wieder Geld ausgegeben für mich, das, wenn ich gewußt hätte, hätte ich lieber nein gesagt, denn ich dachte, es wäre ein Buch von der Bibliothek, so mache ich noch mehr Sorgen für Euch, als ich überhaupt wert bin. Auch Genossen bin ich jetzt noch gar nicht Mitglied, wenn Ihr auch schon wißt, daß ichs hernach werde. Angst braucht Ihr ja auch nicht haben, daß ich die revolutionäre Gesinnung sinken lasse. Ich werde kämpfen bis zu meinem letzten Atemzug, denn was meinem Vater in der Revolution von „Weißgardisten“ angetan worden ist, dafür werde ich es auf der anderen Seite ausgleichen.

Nochmals besten Dank für Alles.

Es grüßt Euch

Kamerad Lindbauer.

Frei Heil!

In Treue stark!

**SCHRIFTEN ÜBER VERFOLGUNG VON LITERATUR UND KUNST**

**POLIZEI-TERROR GEGEN KIND UND KUNST**

Dokumente zur Geschichte der sozialen Republik Deutschland. Bearbeitet von Meta Kraus-Fessel. Mit Zeichnungen der Heimkinder und Reproduktionen der beanstandeten Heinrich-Vogeler-Bilder. Ein Appell an die „Partei der anständigen Menschen“.

96 Seiten, 1.— Mk.

Organisationsausgabe 0.30 Mk.

... der Kampf, der seit Jahr und Tag von einer reaktionären Bürokratie gegen die beiden muster-gütig eingerichteten Kinderheime der „Roten Hilfe Deutschlands“ geführt wird, ist ein so besonderes Beispiel menschlicher Verrohung, daß uns beim Lesen der ja nicht mehr unbekanntenen Tatsachen immer wieder Schamröte ins Gesicht steigt. Im Mittelpunkt steht der bekannte Vernichtungsfeldzug gegen die revolutionären Wandgemälde, die der große Künstler Heinrich Vogeler im „Barkenhof“ geschaffen hat; gegen diesen unerhörten, selbst unter der Herrschaft des Schand- und Schmutzgesetzes einzig dastehenden Eingriff in das freie künstlerische Schaffen protestieren in schönen Worten Thomas Mann, Käthe Kollwitz, Max Pechstein, Johannes Werthauer, Alfons Pauca u. v. a.“ („Welt am Montag“ vom 12. 9. 27.)

**Postkarte Kaiserszene aus „Rasputin“** in der Aufführung der Piscator-Bühne

mit dem Text: Durch Beschluß des Landgerichts Berlin mußte Wilhelm II. aus der Kaiserszene verschwinden. Die „Republikanische Justiz“ tritt auch hier als williger Helfer der Monarchisten auf. Die große bürgerliche französische Revolution 1789 war gründlicher: „Ein König, der seinen Kopf verloren hat, kann keinen Beleidigungsprozeß mehr anstrengen.“ Preis 10 Pfennig.

**Demnächst erscheint:**

**POLITISCHE JUSTIZ GEGEN KUNST UND LITERATUR**

2. ergänzte u. umgearb. Auflage. Preis voraussichtl. 1.— Mk. Zur 1. Auflage schrieb die „Finanzpolitische Korrespondenz“ in Nr. 5/6. 1926: „Eine Anklageschrift gegen verfassungswidrige Methoden des zum Schutze der Republik eingesetzten Gerichtshofs gegenüber geistigen Arbeitern. Ein Beitrag zur Geschichte des Kampfes der Deutschen Republik gegen den Geist.“

**MOPR-VERLAG G. M. B. H., BERLIN NW 7, Dorotheenstr. 77-78**



**Rote Hilfe-Propaganda-Wagen im reaktionären Mecklenburg: Rote Helfer in Lübbechen, einem kleinen Ort in Mecklenburg, erzielten hierdurch guten Erfolg.**